

Er scheint täglich außer Montags...
Abonnements-Preis für Berlin...

Vorwärts

Insertions-Gebühr beträgt für die...
fünfspaltige Zeitspaltel ober deren...

Verantwortlicher: Amt 6, Nr. 4106.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: Neuh-Strasse 2.

Mittwoch, den 3. Juni 1891.

Expedition: Neuh-Strasse 3.

Quittung.

Im Monat Mai gingen an freiwilligen Beiträgen bei dem...
Unterzeichneten ein: Unheilbar 3, A. B. 25, Tischler v....

Hamburg, Uhlenhorst 21,65, Sch. C. C., Klein-Fischdamm...
15, Hensburg 15, Lausitz 5, Dr. S. Dr., Berlin 20...

Die Parteipresse wird um vollständigen Abdruck der vor...
stehenden Quittung gebeten.

Berlin, 2. Juni 1891.

Für den Parteivorstand...
H. F. e. l., Gr. Göttschenstr. 22a, W.

Die Encyklika des Papstes.

Wenn die liberalen Zeitungen sich nicht im Allge...
meinen weislich hüteten, die Encyklika eingehender Be...

stehen, daß ihnen eine dauernde und anständige Arbeit...
gesichert sei. Die Bischöfe aber eifern diese ganze...

Und damit kein Zweifel daran aufkomme, daß die...
Religion bei diesen Vereinen nicht nur sehr wesentlich...

„Die Religiosität der Mitglieder soll das...
wichtigste Ziel sein, und darum muß der christliche...

„Indem also jene Vereine das Reich Gottes...
zum letzten Zielpunkt nehmen, sollen sie darauf bedacht...

Wir denken, das könnte genügen. Der Papst sorgt...
aber nicht bloß für die katholischen Arbeiter, sondern es...

Natürlich wird es dem heiligen Herrn in der Seele...
weh thun, wenn der Staat in die Zwangslage käme, aus...

„Anderwärts ist das läbliche Bestreben nach ge...
worden, Handwerker und Arbeiter in Vereinen zu organi...

Fenilleton.

Nachdruck verboten.

74

Die Falkner von St. Vigil.

Roman aus der Zeit der bayerischen Herrschaft in Tirol...
von Robert S. Weichel.

Ein tiefer summender Ton weckte Beide aus ihrem...
Rausche. Es war die Mittagsglocke.

„Du mußt gehen,“ rieferte Afta und hielt ihn...
dennoch an beiden Händen fest, und er dachte nicht daran...

Stasi und David hatten bereits zu Mittag gegessen...
als Ambros nach Hause kam. Er wollte nicht, daß Stasi...

Er überlegte mit Stasi was zu thun wäre, und wußten sie...
Beide nicht Rath, so halfen die Nachbarn. Wenn nur...

Reichthum hingegeben hatte, von so kurzer Dauer war, was...
hatte noch Bestand? Nun reute es ihn. Er sagte es ihr...

daß sie darauf ausgehen, ein gewisses Arbeitsmonopol in ihre Hand zu bringen und die charakterfesten Arbeiter, die den Beitritt zurückweisen, in Verlegenheit und Elend zu versetzen."

Da wird freilich das Deutsche Reich z. B. nicht gut anders können, als wieder allen Arbeitervereinen, welche im Geruche des Sozialismus stehen, aufs Dach zu steigen, zumal es die allgemeine Meinung der deutschen Staatsanwälte trotz alledem noch sein dürfte, daß diese Vereine einer geheimen Leitung gehorchen und Einrichtungen haben, die dem Wohle der Religion und des Staates nicht entsprechen, oder, was vielleicht noch staatsanwaltschaftlicher, bestimmt aber nach jesuitischer Logik, dasselbe ist: welche Einrichtungen nicht haben, die dem Wohle der Religion und des Staates entsprechen. — — —

Hiermit sind wir an den Schluß der Encyklika gelangt. —

Es liegt uns zunächst nur noch ob, auf die im ersten Theile derselben enthaltene Anfeindung der Sozialdemokratie mit ein paar Worten einzugehen. Die Encyklika behauptet, daß die Sozialisten allen Besitz von den Individuen an die Gesamtheit übertragen wollen. Das ist falsch.

Uebrigens heißt es, die Frage, um die es sich dreht bei der Beurteilung, ob der Sozialismus recht habe oder nicht, böswillig verdunkeln, wenn man behauptet, die Sozialisten wollten alles Privateigenthum abschaffen. In Wahrheit handelt es sich um die Frage der Abschaffung jeder Vererbung und Ausbeutung der Besitzlosen durch die Besitzenden. Das Privateigenthum, soweit es den Ertrag der ehrlichen Arbeit seines Besitzers darstellt, wollen die Sozialdemokraten nicht abgeschafft, sondern mit allen Mitteln geschützt haben, — so steht die Sache. Nur soweit das Privateigenthum als Mittel zur Ausbeutung wirtschaftlich Schwacher durch die wirtschaftlich Starken benutzt wird, soll es privater Willkür entzogen werden. Mit der Nichtigstellung dieser Thatsache fällt das ganze Kartenhaus der Deduktionen, welche der Verfasser der Encyklika an seine falsche Behauptung geknüpft hat, über den Haufen.

Desgleichen heißt es gegen Windmühlen kämpfen, wenn die Encyklika erklärt, das sozialistische System, welches die elterliche Fürsorge beiseite setze, um eine allgemeine Staatsfürsorge einzuführen, verführe sich an der natürlichen Gerechtigkeit und zerreiße die Bande der Familie. Solch ein „sozialistisches System“ hat die internationale Sozialdemokratie niemals angehangen; wahr ist wiederum das Gegentheil. Es ist den Sozialdemokraten vielmehr gerade darum zu thun, die Bande der Familie enger zu knüpfen dadurch, daß den Eltern die Möglichkeit gewährt werde, alle ihre Pflichten gegen ihre Kinder zu erfüllen, was heutzutage den meisten Menschen unmöglich ist. Die Sozialdemokraten verlangen nur, daß der Staat da mit seiner Fürsorge einspringe, wo die Einzelnen außer Stande sind, den Bedürfnissen ihrer Kinder gerecht zu werden.

Also nicht nehmen, sondern geben; nicht zerreißen, sondern inniger verknüpfen, das ist das heiße Bemühen der internationalen Sozialdemokratie.

Diese wenigen gewichtigen Sätze genügen vollauf zur Widerlegung der drei großen Zeitungsblätter, welche die Encyklika wider die Sozialdemokratie mit den alten tausendmal widerlegten Phrasen gefüllt hat.

Der zweite Theil der Encyklika ist, wie wir gesehen haben, dazu bestimmt, die Bourgeoisie über die vortrefflichen Absichten aller katholischen Sozialreform-Versuche zu beruhigen. Das dürfte glänzend gelungen sein. Wir möchten zum Zwecke der Verständigung auf einen Schlag als Motto für diesen Theil das altberühmte Wort vorschlagen: Manus manum lavat.*)

*) Eine Hand wäscht die andere.

mung ließ sich an die Geburt des Kindes knüpfen. Alles, alles verloren! —

Das Herz der Armen klopfte stärker, als sie den Schritt ihres Mannes vernahm. Ambros bemerkte nicht, daß ihre Blicke bei seinem Eintritte sich erhoben. Er sah absichtlich fort und als sie aufstand, um das für ihn warmgestellte Essen aus der Küche herbeizuholen, lehnte er sich ab. David schlurste hinter ihr aus der Stube. Ambros schleuderte seinen Hut weg und fuhr sich mit allen zehn Fingern durch das Haar. Das Blut brannte ihm in den Ohren. Wie, war er ein solch erbärmlicher Keel geworden, daß er seiner Frau nicht mehr in das Gesicht sehen konnte? Stasi fand ihn, den Kopf in beide Hände gestützt, am Tische stehend.

„Gedigne's Dir Gott!“ sagte sie leise, indem sie eine irdene Schüssel mit einem Roggenbrot vor ihn stellte. Dann hob sie seinen Hut vom Fußboden auf, legte ihn bei Seite und setzte sich ihrem Manne gegenüber, der unterdessen hastig zu essen begonnen hatte. Er sah immer nur auf die Schüssel und seinen Vöfel; aber er fühlte, daß Stasi's Augen auf ihm ruhten. Es wurde ihm unerträglich und schon wollte er sie anfahren, was sie ihm fortwährend auf den Mund zu schauen hätte? Das Wort blieb ihm jedoch in der Kehle stecken; denn wie er das Auge hob, traf es das Kreuzchen an ihrem Halse, das Afra ihr einst geschenkt hatte. Es war ihr aus dem Mieder geschlüpft, als sie sich nach seinem Gute gebückt hatte. Er zuckte unwillkürlich zusammen; dann überflog eine jähe Röthe sein Gesicht und ben Löfel auf den Tisch werfend, rief er mit ausbrechender Heftigkeit, daß sie das Kreuz abthun sollte.

„Ja, was hast Du denn,“ fragte sie erschrocken und griff mit der Rechten nach dem Kreuzchen, als ob sie fühlen wollte, was ihn daran ärgern könnte.

Er aber wiederholte seine Forderung nur noch leidenschaftlicher.

„Du sollst das nicht tragen! Thn's ab, oder ich reiße es Dir vom Halse!“ Er sprang auf.

Sie erschau noch ihn.

Der dritte Theil enthielt nun besagte religiöse Sozialreform. Hier erreicht die Encyklika ihren heißesten Punkt. Da wo es sich um die Gewährung eines wenigstens für die nöthigsten Lebensbedürfnisse ausreichenden Lohnes dreht, hören wir die Bourgeoisie schon mit der braven Dame im „Haust“ ausrufen: Nachbarin, Euer Fläschchen! Es dürfte unserem guten Herzen alle Ehre machen, wenn wir sie trösten. Wir sind nämlich der festen Ueberzeugung, daß der Minimallohn ebenso wie der Maximal-Arbeitsstag und erst recht der kleine Grundbesitz für den fleißigen und sparsamen Arbeiter nur als schöner Zukunftsstrauch an dem Hoffnungshimmel der ungeheuer überwiegenden Zahl aller Arbeiter gemalt bleiben dürfte, während die ranke Wirklichkeit nur die Realität des Kapitalzinsgroßens den Reichen und der Peters- und anderer frommer Pfennige dem Klerus bringen wird. Und zu diesem gewiß kapital erfreulichen Troste gesellt sich noch ein zweiter. Von der den Kapitalisten unangenehmen Sozialreform der deutschen Reichsregierung will diese Encyklika nichts wissen; da thun ihr die armen Kapitalisten offenbar schon viel zu leid. Die Herren Geistlichen werden also in Zukunft gegen diese Art Sozialreform den Herren Kapitalisten ihren Beistand nicht versagen.

Wir meinen, die letzteren thäten gut, recht rasch das Hintertüthchen zu gewinnen, das sie in die Kirche führt. Sie werden ihre Rechnung dabei finden.

Den letzten Theil der Encyklika haben wir eben erst behandelt. Er hat uns unsere Arbeit am allerleichtesten gemacht. Er zeigte, daß das unbezahlbare Altkennzeichen in zwei Strömen verläuft, einmal im dichten Fluglande unter Priesterleitung stehenden frommen Arbeitervereinswesens, in welchem die Herren vom Klerus das frisch-frei-fröhliche Kulturleben der modernen Menschheit ersticken möchten, und zum andern im Sumpfe der Demunziation alles dessen, was sich an die Erde, an unsere schöne Erde hält mit klammernden Deganen und von ihr all' ihr Recht und all' ihr Glück verlangt.

Daß die Encyklika ihren Schluß mit dem Worte krönt: „Die Liebe ist geduldig, sie ist gütig; sie sucht nicht das ihrige, sie duldet alles, sie trägt alles“, — ist mehr wie bezeichnend und wird, so meinen wir, die große Mehrheit der Völker mit dazu bewegen helfen, daß sie endlich nicht mehr mit ihrer ungeheuer geduldigen Liebe alles dulden und alles tragen, was die bevorrechteten Anhänger des Bestehenden ihnen auslegen, sondern daß sie vielmehr kampftroh ihre Liebe den Trägern der wahren Kultur zulehren, welche die Erde zum Paradiese machen wollen.

Politische Uebersicht.

Berlin, 2. Juni.

Die Erklärung des Reichskanzlers in der Getreidezollfrage hat auf die weitesten Volkskreise einen höchst ungünstigen Eindruck gemacht — einen günstigen Eindruck bloß auf die sehr beschränkten Kreise der Interessenten, deren Zufriedenheit die Unzufriedenheit der Millionen auch nicht annähernd aufwiegt. Wenn aber die Zufriedenheit des Volkes die Stärke der Regierungen bildet — und diese Wahrheit ist beinahe zum Gemeinplatz geworden — dann hat die Reichsregierung durch ihre Haltung in der Kornzollfrage sehr erheblich an Macht verloren und die Position ihrer offenen und versteckten Gegner, die wahrhaftig weder an Zahl noch an Ansehen gering sind, entsprechend gestärkt und verbessert.

Schon wiederholt fäheten wir aus, daß die neue Regierung, wolle sie sich des Räufespiels der Anhänger und des ehemaligen Hauptes der alten Regierung erwehren, in dem Volk ihre Stütze zu suchen habe. Die Erkenntniß dieser mit Händen zu greifenden Thatsache war es, was der neuen Regierung eine gewisse sympathische Aufnahme sicherte. Man wollte der neuen Regierung keine Schwierigkeiten bereiten — mußte man doch, welche schlimme und schwierige Erbschaft sie angetreten hatte. Sie sollte a fair

„Bleib doch nur ruhig,“ hat sie. „Ich thn's ja gern ab, wenn Du willst, ist mir doch nichts daran gelegen.“

Bevor sie jedoch damit zu Stande kam, griff er schon mit beiden Händen in das dünne Kettlein, an dem das Kreuz hing, zersprengte es, warf alles zu Boden und stampfte mit dem Fuße darauf.

Stasi sah bleich und zitternd da und es überkam sie die tödtliche Furcht, daß er den Verstand verloren hätte. So wüthig hatte sie ihn noch nie gesehen.

„Heilige Mutter Gottes, was hat Dir denn das unschuldige Kreuzlein gethan?“ stammelte sie.

„Ja, unschuldig,“ lachte er ingrimmig auf. „Ich wollte, ich könnte sie auch zertreten, wie ihr Kreuz, die teuflische Hefe, die Schlange!“

Und er gab dem Schmucke mit seinen schweren Nagelschuhen einen letzten Tritt.

Ein zitternder Schrei entrang sich Stasi's Kehle. An Afra hatte sie die Liebe ihres Mannes verloren, jetzt wußte sie es. Er hatte aus seinen Besuchen auf der Mühle kein Hehl gemacht und zuweilen auch die Gräße bestellt, die Afra ihm aufgetragen; aber sie hatte sich nichts Arges gedacht. Jetzt sah sie plötzlich Afra in der Kirche mit feindseligem Blick an sich vorüberschreiten, sah sie Ambros mit dem schönen Weibe in der Sennhütte von Tamers die Forlane tanzen. Ambros stand bei ihrem Schrei einen Moment wie in den Boden gewurzelt, worauf er nach seinem Hute griff und mit einem schenen Blicke auf sie aus dem Hause eilte. Stasi merkte nichts davon. Ihr Gehirn wirbelte. Mit weit geöffneten Augen starrte sie auf den zertretenen Schmuck. Da lag das Kreuz, das Afra selbst ihr umgehängt und sie bisher arglos getragen hatte. Da lag es und war zertreten, allein das schwere Kreuz des Glucks, das Afra ihr aufgelegt, war nicht von ihr genommen. Das Kreuz lag auf ihrer Brust, es war glänzend und brannte sich in ihr Fleisch ein. Sie griff danach, um es wegzureißen, denn der Schmerz, den es ihr verursachte, wurde von Sekunde zu Sekunde unerträglich. Mit einem gellenden Schrei sprang sie auf. Der Bach würde den Brand löschen. Zwei Arme fingen sie in der Thür auf.

trial haben, wie die Engländer das nennen — eine ehrliche Probe.

Eine Zeit lang verstand die Regierung es auch, die Sympathien, die sie nicht eigenem Verdienst, sondern einzig dem Abfchen vor der alten Regierung verdankte, wenigstens nicht zu verscherzen — indefs mehr und mehr ließ sich eine Unentschlossenheit bemerken, die nur der Unklarheit über die eigene Stellung entspringen konnte. Nach der einen Seite schwächliche Abwehr, nach der anderen ängstliche Scheu; die Hand, welche den immer stürmischeren Vorstoß der Bismarck-Fronde zurückdrängen sollte, wurde gelähmt durch die Furcht vor Volkshämlichkeit und Sozialdemokratie.

Diese Furcht führte vor einigen Monaten zu dem ersten großen Fehler der neuen Regierung: dem Hexaufbeschwören des rothen Gespenstes und dem Andenkenmalen einer Straßenschlacht gegen die Sozialdemokratie, für welche Schlacht die Unteroffiziere durch „Prämien“ in die richtige Geistesverfassung zu bringen seien.

Der Fehler ward ausgenützt. Von jenem Moment an gewann die Bismarck'sche Fronde ersichtlich Oberwasser, und die gestrige Erklärung des neuen Reichskanzlers war seine Kapitulation vor dem alten. Da hilft keine militärische Schneidigkeit, da hilft kein Stützen auf den Knau des Schwertes — die Regierung hat vor den agrarischen Landjunkern und schützjünerischen Schlotjunkern die Waffen gestreckt und dem Ex-Reichskanzler zu einem Triumphzuge verholfen, den derselbe nicht verschlen wird bis aufs Aeußerste auszunützen.

Ganz abgesehen von der Tendenz war der sachliche Inhalt der Rede Caprivi's überaus schwach. Man merkte bei jedem Satze, daß er sich auf einem ihm ganz fremden Gebiet bewegte. Die Quellen, aus denen er den Schluß zog, es seien noch bedeutende Getreidevorräthe in Deutschland vorhanden und die Ernte-Aussichten gut, sind mehr als fraglicher Natur, wie wir schon gestern hervorhoben. Und grundsätzlich ist das Argument, das Ausland werde allein von einer Reduktion der deutschen Getreidezölle Vortheil haben. Daß die ausländischen Spekulanten beim Getreideverkauf ein Geschäft machen wollen, ist allerdings richtig, aber das gleiche gilt jedoch auch von den deutschen Getreidespekulanten, obenan von den agrarischen Landjunkern, die sich auf das Rechnen und Profitmachen ebenso gut verstehen wie der pfiffigste Kornhude. Und durch kein Känonement in der Welt wird die Thatsache umgestoßen, daß der Preis, zu welchem der ausländische Spekulant seine Waare ablassen kann, für uns um den Betrag des inländischen Kornzolls erhöht wird. In diese Thatsache, um die sie sich herumzudrücken suchen, wie der Teufel ums Weihwasser, sind die Herren Brotvertheurer immer und immer wieder anzunageln.

Zu dem einen Erfolg, die Zufriedenheit der einflussreichsten Gegner der neuen Regierung erworben zu haben, kann Herr von Caprivi noch den zweiten Erfolg hinzufügen: den Preis des Doppelzentners Weizen und Roggen in Handumdrehen um 7 M. erhöht zu haben. Glaubt er, daß die Hungerkur das deutsche Volk von Begeisterung für die neue Regierung erfüllen wird? Hohe Brotpreise waren von jeher nicht bloß ein Unglück für das Volk, sie sind auch eine Gefahr für den Staat. —

Den Brotvertheurern, die durchaus nicht an die Brotvertheuerung durch den Zoll glauben wollen, sei nachstehende Notiz der „Breslauer Zeitung“ zu freundlicher Berücksichtigung gefälligst empfohlen:

Zwei Brote liegen in unserer Expedition zur Ansicht aus, welche uns heute von der oberschlesischen Grenze zugegangen sind. Die beiden Brote stellen eine vernichtende Kritik der Wirtschaftspolitik dar. Das eine derselben ist aus Modzejew jenseits der preussischen Grenze gegenüber der preussischen Grenzstadt Myslowitz. Es wiegt 2140 Gramm und kostet 48 Pf.; das andre Brot ist aus Myslowitz, diesseits der Grenze, wiegt 1870 Gramm und kostet trotz des bedeutenden Mindergewichts von 570 Gramm 50 Pfennige, also 2 Pfennige mehr. Jeder weitere Kommentar ist überflüssig.

Allerdings! Aber wer nicht sehen will, sieht nicht. —

Der Kolonialrath ist am Montag zusammengetreten. Von den die Baumwollencultur, die Zulassung fremder Gesellschaften zum Generebetriebe und die Konfessionierung einer Eisenbahnlinie in Ostafrika betreffenden Fragen wurde jede einem besonderen Ausschusse zur Vorberathung überwiesen. —

Es war Hannes, der von Bisei zurück kam. Stasi blickte verflört zu ihm auf. Jetzt erkannte sie ihn, rief sich los und lief in die Schlafkammer, deren Thür sie hinter sich verriegelte. Hannes stand betroffen da. David kam hinter ihm in die Stube. Er hatte in seiner Kammer Ambros toben hören und wollte noch einmal nach Stasi sehen, bevor er wieder an die Arbeit ging.

„Was ist nur geschehen?“ fragte Hannes mit gepreßter Stimme und deutete auf den zertretenen Schmuck. Dieser und Stasi's verflörtes Wesen erfüllten ihn mit einem schrecklichen Argwohn.

David schüttelte den Kopf. „Und wo ist sie?“ fragte er.

Hannes sagte es ihm.

„Kommen Sie,“ flüsterete David und führte den Kuraten in das Gärtchen zu der Bank unter dem Grisblatt, wo er sich niederließ.

„Aber so reden Sie doch, in des Himmels Namen,“ rief Hannes, indem er sich ebenfalls setzte. „Was ist vor-gefallen?“

„Ja, ich weiß nicht,“ lachte der Alte. „So wüßt schreien und stampfen hab' ich ihn noch nie gehört.“

„Er hat sie thätlich mißhandelt?“ rief Hannes entsetzt.

„Ja, ich weiß nicht,“ schüttelte der Alte den Kopf. „Aber das hat er wohl noch nie gethan. Ach, das ist eine rechte Gnade Gottes, daß Sie gekommen sind. Ich weiß gar nicht mehr, was ich anfangen soll. Sie ist gar so unglücklich.“

Hannes seufzte tief auf und David begann allen Nummer, der sich ihm angeschaut hatte, dem Kuraten zu vertrauen. Hannes ließ ihn reden, wie er auch, dem jeweiligen Antriebe gehorchend, in seinen Mittheilungen hin und her schweifte, dem Rahne gleich, der sich von der Uferlette gelöst hat und nun den Bewegungen von Wind und Wellen folgt.

Wie diese Mittheilungen dem jungen Geistlichen in die Seele schnitten, kann man sich leicht vorstellen. Aber er blieb stumm. Er hatte sich das Gesicht mit der Rechten verhängt, indem er den Ellenbogen mit der linken Handfläche

Herr Eugen Richter hat in dem Bericht seines Blattes über den Frankfurter „Parteitag“ aus der Rede Bambergers die Anerkennung des parlamentarischen Wirkens der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion einfach unterschlagen, obgleich er, wie aus einer Notiz der „Freisinnigen Zeitung“ erhellt, seinen Bericht denselben Frankfurter Blättern entnommen hat, in denen wir die betreffende Wendung fanden. Recht kennzeichnend für den Mann. —

Die „nationalliberale“ Presse philosophiert im Rückblick auf den Partei-Todtentanz über die „Verdanklichkeit“ von Programmen. In ähnlichen Betrachtungen wird sich das Witzmädchen ergangen haben, als der zerbrochene Loos in Scherben vor ihm lag. —

Das Plenum des Weltpostkongresses steht jetzt vor der definitiven Beschlußfassung über die Vorlagen, die von den Kommissionen vorgeprüft worden sind. Die Kommissionsbeschlüsse betreffen unter anderem die Abschaffung des bisher den überseeischen Staaten vorbehaltenen Rechtes der Erhebung höherer Rekommandationsgebühren, ferner die Erhebung einer gleichmäßigen Zuschlagstaxe in allen Staaten für Korrespondenzen nach überseeischen Ländern. Das wichtigste Ergebnis ist bestimmtlich der Beitritt Australiens zum Weltpostverein. Natürlich wird noch eine gewisse Zeit vergehen, bis die neuen Abmachungen in Kraft treten. Bis dahin können wir unseren Lesern nur raten, bei der Frankatur von Briefen nach Australien die äußerste Vorsicht walten zu lassen. Die Straportis sind eben auch infolge der bisherigen Nichtzugehörigkeit Australiens zum Weltpostverein außerordentlich hoch. Das haben wir selber schon einige Male bei nicht genügend frankierten Briefen, die wir aus Australien erhielten, zu unserem Schaden erfahren.

Europäische Zivilisation in Afrika. Vor einigen Tagen berichteten wir nach dem „St. Gallener Stadtanz“, den wir als unsere Quelle ausdrücklich nannten, über die Art und Weise, wie Offiziere des Kongostaates „europäische Zivilisation in Afrika“ verbreiteten. Besonders gravierend waren die Mittheilungen für den verstorbenen Vizegouverneur Coquilhet, dessen schändliches Treiben nach den Angaben des Kongoisenden Theodor Westmard geschildert war. Es war besonders hervorgehoben worden, daß Coquilhet seinem Leben durch einen Pistolenschuß ein Ende gemacht habe, um sich der Verantwortung für seine Thaten zu entziehen. Der „National-Zeitung“ geht nun aus Brüssel eine Art Nichtigstellung dieser Angaben zu: Coquilhet sei ein vortheilhafter Mensch gewesen, und er habe nicht durch Selbstmord geendet, sondern sei an der Dysenterie gestorben. Wir sind nun nicht in der Lage, die Wahrheit dieser Behauptung zu prüfen. Aufschuldig bleibt es aber, daß erstens nicht die belgische Regierung, sondern unbekannt Privatpersonen nachträglich die Widerlegung der schweren Anklage gegen Offiziere des Kongostaates versuchen, für deren Thun und Treiben die gesamte Verwaltung bereits vor längerer Zeit von der belgischen Presse verantwortlich gemacht ist, und daß man zweitens gerade die Mittheilungen unseres Blattes zum Ausgangspunkt einer Berichtigung nahm. Weshalb wendete man sich nicht an die erste, von uns genannte Quelle, den „St. Gallener Stadtanzeiger“ und den Afrikareisenden Westmard? Doch nicht etwa, weil von dort aus die sofortige tatsächliche Widerlegung der angeblichen Berichtigung möglich war? —

In England fand am Montag eine Ersatzwahl an Stelle des verstorbenen Deputirten Barbour (Glabstonianer) statt. Gewählt wurde Dunn (Glabstonianer) mit 4145 Stimmen gegen den unionistischen Liberalen Metherell, der 2807 Stimmen erhielt. — Von Bedeutung ist die Wahl für die Beurtheilung der Frage, wie die nächsten allgemeinen Wahlen ausfallen werden, nicht. —

In der französischen Kammer interpellirte der Arbeitervertreter Bally wegen der durch Behörden erfolgten Auflösung einiger „Syndikatskammern“ (Fachvereine und Gewerkschaften). Aus dem telegraphischen Bericht ersehen wir, daß die Regierung die Mangelhaftigkeit des bestehenden Gesetzes zugab, und die Einbringung eines neuen versprach, durch welches die „Syndikatskammern“ juristisch sichergestellt werden sollen. —

Die „Kölnische Zeitung“ läßt sich aus Paris schreiben,

unterstützte. David wiegte seinen großen Kopf trübselig hin und her. Nach einer Weile hob er wieder an:

„Ja, ich weiß nicht, sie hat an Nichts keine Freude mehr. Abends, wenn ich den Rosenkranz herfage, betet sie wohl mit, aber nach einer Weile wird sie still und ich merk's, daß ihre Gedanken weit weg sind. Dann hat sie ein mal nach einwärts gefleht, daß es fast grausig ist. Einmal hat sie von ihrem Tod zu mir geredet und wie es dabei mit ihr gehalten werden sollte. Wenn das Kind nur auch stürbe, hat sie gesagt und die Thränen sind ihr aus den Augen gestürzt. Heilige Mutter Gottes, welche Sünde, hab' ich gerufen. Da ist sie ganz erschrocken gewesen und hat gestottert: ja, ja, es darf nicht sein! Ach, was ist das für ein Jammer.“

Zwei dicke Thränen rollten ihm über die Wangen. Gannes war ganz in sich zusammengesunken.

„Wenn sie nur rechtshaffen beten könnte,“ fing der Alte wieder an. „Einmal hat sie mich gefragt, ob auch solche Sünden vergeben werden könnten, die man nicht bereue?“

Gannes hob lebhaft den Kopf und das Gesicht, welches er David zulehnte, war fast aschgrau. Ihm war es klar, aus welchem Grunde Stasi die Frage gethan. In welche Qual und Zerrüttung des Gemüthes ließ sie ihn bliken!

„Und was haben Sie geantwortet?“ fragte er mühsam. „Ja, ich weiß nicht,“ versetzte Jener zögernd. „Nachdem, was mir bekannt ist, hab' ich ihr gesagt, ist es ohne Neue nicht möglich. O, ich bitte Sie Herr Kurat!“

„Freilich,“ murmelte dieser. „Darauf ist sie denn still geblieben,“ fuhr David fort. „Sie ist ja immer so in sich, und ich alter Mann versteh's nicht, sie schwächen zu machen.“

Während er in dieser Weise auf der Bank unter dem Geißblatt, wo Stasi einfiel so gern zu sitzen pflegte, Gannes zum Vertrauten seines Kammerers machte, ohne zu ahnen, daß er ihm damit glühende Kohlen auf das Herz schüttete, stürmte Amros durch den Lärchenwald oberhalb seines Hofes, eine Reute seines schlechten Gewissens und

daß die französische Regierung die Ausgaben des geheimen Fonds erhöht habe, um in Spanien für die Republik kräftig zu agitiren. Die hiedere Kälnerin thut ja, als ob sie in die Geheimnisse des französischen Reptilienfonds ebenso gut eingeweiht sei, wie in die des deutschen. Nun — republikanische Propaganda ist schließlich nichts Schlechteres als Krüger'sche Lockspigelei u. u. u. u. u. u. —

Aus Paris wird unterm heutigen Tage telegraphirt: Die Regierung wird in der nächsten Woche in der Deputirtenkammer eine Vorlage einbringen, durch welche den Arbeitern nach dreißig Arbeitsjahren eine jährliche Rente von 300 bis 600 Franks gesichert wird. Die Arbeitgeber und die Arbeiter werden hierzu zu gleichen Theilen beisteuern und der Staat wird $\frac{1}{3}$ des Gesamtbetrages dieser beiden Einzahlungen beitragen. Nur französische Arbeiter werden an der Rentenkasse theilnehmen. Arbeitgeber, welche ausländische Arbeiter beschäftigen, haben für jeden solchen Arbeiter täglich 10 Cents zu Gunsten der Kasse zu zahlen. Die jährliche Ausgabe des Staates für diesen Zweck wird 100 Millionen Franks nicht übersteigen.

Wir wollen den Wortlaut des Gesetzesentwurfes abwarten. Mehr wie die $3\frac{1}{2}$ Reichrente scheint es allerdings zu sein, was den französischen Arbeitern geboten wird. —

Im schweizer Nationalrath ist eine Amnestie für die verurtheilten Putzschüsse und Krawalle im Kanton Tessin beantragt worden; sie wird voraussichtlich auch bewilligt werden, da die streitenden Parteien in Tessin sich inzwischen so ziemlich ausgeöhnt haben. —

Aus Bilbao in Spanien kommt ein Telegramm: Hier brach ein Streik aus. Zwischen der Polizei und den Streikenden kam es infolge der Auflösung einer Versammlung zum Handgemenge. Einer der Streikenden wurde getödtet. Der Belagerungsstand ist verhängt, die Führer der Sozialisten sind verhaftet.

Das Stereotype des Telegramms ist es, was uns vornehmlich interessiert — Stereotyper Inhalt, stereotype Form —: ein Streit zwischen Arbeitern und Unternehmern, die Polizei mischt sich ein, es kommt zu Gemalthätigkeiten, Arbeiterblut vergossen, der Belagerungsstand proklamiert und — die sozialistischen Führer verhaftet, obgleich kein Schatten eines Beweises dafür da ist, daß sie mit dem Streik oder gar mit dem Krawall etwas zu thun gehabt haben. Aber die Sozialisten werden nun einmal am Kragen gepackt — das gehört zur Schablone. —

Im Uebrigen wird durch unsere Nachrichten bestätigt, daß der Bilbaoner Streik gar nichts Sozialistisches, überhaupt nichts Sozialistisches an sich hatte, und daß einzig und allein das kopflose und provozirende Auftreten der Behörde den Zusammenstoß verursacht hat. Das delirant regos*) u. s. w. ließe sich für derartige Fälle also übersetzen: Die Behörden retten den Staat und die Sozialisten werden dafür bestraft. —

Das neue portugiesische Ministerium hat sich der ersten Kammer am Montag vorgestellt. Es scheint ein richtiges Verlegenheits-Ministerium zu sein, das aus Anhängern aller Parteirichtungen innerhalb der herrschenden Klasse zusammengesetzt ist. Die Führer aller Parteien haben ihm auch ihre Unterstützung zugesagt. —

Die Juden-Ausweisungen nehmen in Rußland ihren Fortgang. Nach Meldungen aus Moskau soll die dortige Polizei beabsichtigen, 12 500 Juden auszuweisen. Von diesen wären bereits 7500 gezwungen worden, Moskau zu verlassen. —

Die Berichte von dem Dynamitfund in der französischen Ausstellung zu Moskau scheinen aus einer Mücke einen Elefanten gemacht zu haben. Jedemfalls muß die Sache eine harmlose Erklärung gefunden haben, sonst wäre der Jar, dessen Sicherheitsstun bekanntlich wunderbar ausgebildet ist, nicht höchstpersönlich nach Moskau und in die Ausstellung gegangen. Was's nun offenbar nichts mit dem Dynamit in Moskau, so werden doch aus allen Städten Rußlands Verwünschungen, Hausdurchsuchungen, Verhaftungen gemeldet. Das Land kann eben nicht zur Ruhe kommen, so lange es dem asiatischen Despotismus,

*) Lateinisch: Die Könige (der Griechen) begehen Thorheiten und die Griechen müssen dafür büßen.

der Wuth darüber. Er konnte sich nicht verhehlen, daß Stasi seine Anreue errathen hatte und wenn er in diesem Augenblicke seine Hände um Asra's weißen, runden Hals hätte schlingen können, so würde er sie in seinem Grimme erwürgt haben. Dann aber löste wieder sein Trost gegen den Sackel des Gewissens. Nun ja, er hatte Asra geküßt. Was war es weiter? War das eine Todssünde? Er liebte Stasi nicht; es war ein dummer Streich gewesen, daß er sie geheiratet hatte; sollte er deshalb fortan wie ein Mönch leben? Er und ein Mönch! Und da war Asra, himmlischer Herrgott, mit was für Augen sie ihn anschaute! Er stieß sie von sich und riß sie wieder an sich und küßte sie wie ein Rasender.

Hier gebunden, dort gebunden, und er strengte sich vergebens an, die Stricke zu zerreißen. Aber sie mußten reifen: er mußte frei werden von Stasi, von Asra, von Allen.

Er war dabei auf einem Pfade, der ihn zufällig unter die Fische gekommen, immer weiter gegangen. Schmale grüne Thäler hatten in der Tiefe neben ihm gelegen, tiefelnde Wasser seine Wege gekreuzt; auf dinstende Matten war er aus Wäldern getreten und hatte sich wieder in Busch und Wald verloren; an weidenden Kühen war er vorübergekommen und in der Ferne der Zaun einer Gaisbüden erschollen; er hatte auf nichts geachtet. Höher und höher war er gekommen, höher wurde die Luft, die er athmete. Auch das bemerkte er nicht. Der Pfad wurde immer undeutlicher und in einem steil ansteigenden Fichtengebüsch verlor er sich ganz; Ambros ging jedoch immer weiter, quer durch den Wald. Es lag ihm ja nichts daran, wohin er kam und die Leidenschaften wühlten in ihm fort. Ein breiter, grüner Rücken mit einem kleinen Hüder in der Mitte, rechte sich jenseits des Waldes vor ihm in die Höhe und verroundert blieb er stehen. Es war der Gipfel des Spitzhöndel, an dessen Fuß er stand. „Reinewegen,“ murmelte er vor sich hin und begann den mit einem kurzen, rauhen Grafe bewachsenen Abhang schräg hinaufzusteigen.

(Fortsetzung folgt.)

zu welchem das Jarentum sich ausgewachsen hat, zur Zeit überliefert ist. Beiläufig soll der Jar, der alles „Europäische“ haßt und Petersburg als „deutsche Stadt“ verabscheut, sich mit dem Plan tragen, ganz in Moskau zu bleiben. Nun — wir haben nichts dagegen, wenn er recht weit von uns abdrückt. —

Ein seltsames und etwas beschämendes Telegramm kommt aus Japan: Tokio, Montag, 1. Juni. Der Attentäter Tsuda Sango ist von dem Reichsgericht zur Untersuchung gezogen und eines Mordversuchs auf das Leben des Großfürsten-Thronfolgers von Rußland schuldig erklärt. Er ist demgemäß zu der äußersten vom Gesetz zulässigen Strafe, zu lebenslänglichem Zuchthaus, verurtheilt worden. „Zu der äußersten vom Gesetz zulässigen Strafe, zu Lebenslänglichem Gefängniß“ — also die Todesstrafe abgeschafft in — Japan! Bei uns, die wir an der Spitze der Zivilisation marschiren, wird lustig fortgelöpselt! —

Aus Buenos Ayres — Argentinien — schreibt man uns unterm 3. Mai:

Die vorgestrigte Maifester verließ den Umständen angemessen. Die anarchoistischen Gruppen hatten für den Nachmittag ein Meeting auf der Plaza Victoria, dem Hauptplatze der Stadt, anberaumt und es hatten sich dazu eine große Menge Menschen eingefunden, zum größten Theil Neugierige. Aber die hochwohlthätige Polizei war ebenfalls sehr zahlreich vertreten, zu Fuß und zu Pferde, und verhinderte in brutaler Weise jede Menschenansammlung. Sie sprengte rücksichtslos in die Massen hinein, arreirte Viele und legte Einigen sogar Handschellen an. Dieses Resultat war voranzusehen, deshalb hatten die sozialdemokratischen Vereine, darunter auch der „Vorwärts“, ihre Theilnahme an diesem Meeting von vornherein abgelehnt. Im Verein „Vorwärts“ fand Abends eine sehr gut besuchte Festlichkeit statt. Der Bericht des Direktoriums der bankrotteten Nationalbank ist sehr erschienen. Derselbe bringt derartige Mogealien an's Tageslicht, daß alle Zeitungen unisono nach dem Richter schreien. Als wenn Justiz und Regierung nicht identisch wären. Weber Justiz noch Regierung können die Staatsdiene zur Menschenschaft ziehen, eben weil die Diebesbande sich aus ihren eigenen Reihen rekrutirt. Die Bestrafung dieser Schufte kann nur vom Volk ausgehen. Ja, da liegt eben der Hund begraben. Hier giebt es kein Volk, denn wenn es eins gäbe, hätten die Regierenden nicht so wahnwitzig wirtschaften dürfen und könnte solch ein Land sich heute auch nicht in dieser miserablen Lage befinden. Es ist ganz unmöglich, daß in irgend einem zivilisirten Lande derartige Mäuerstücken vorkommen können; wenn Derartige in Nordamerika passirte, würde Richter Lynch schnell bei der Hand sein, und in anderen Ländern würde man den Schuldigen einsperren, aber hier scheint jeder hohe Beamte ein Privilegium zum Schwindeln zu haben. —

Korrespondenzen und Parteinadrichten.

Bochum. Wegen Aufreizung zum Streik wurde Kamerad Bauer-Weimar von der hiesigen Strafkammer zu 6 Wochen Gefängniß verurtheilt, wovon 4 Wochen durch die Untersuchungs-haft als verbüßt zu betrachten sind. Der Staatsanwalt hatte 1 Jahr Gefängniß beantragt.

Wattenscheid. Die Untersuchungen wegen Vergehens gegen den § 110 des deutschen Reichs-Strafgesetzbuches scheinen einen großen Umfang anzunehmen. Neuerdings wurde auch gegen den Kameraden Schilling die Untersuchung eingeleitet. Der § 110 des Straf-Gesetzbuches lautet wie folgt: § 110. Wer öffentlich vor einer Menschenmenge, oder vor durch Verbreitung oder öffentlichen Anschlag oder öffentliche Ausstellung von Schriften oder anderen Darstellungen zum Ungehorsam gegen Geseze oder rechtdigiltige Verordnungen oder gegen die von der Obrigkeit innerhalb ihrer Zuständigkeit getroffenen Anordnungen auffordert, wird mit Geldstrafe bis zu sechshundert Mark oder mit Gefängniß bis zu zwei Jahren bestraft.

Dortmund. In einer Versammlung der Zeche „Tremonia“ hatte der Bergmann Oberhaus die Reueberung gebraucht, daß er diejenigen Bergleute der Bergschicht öffentlich brandmarken werde, die noch Ueberschichten machen. Dafür wurde er vorgestern vom Schöffengericht mit drei Wochen Gefängniß bedacht.

Aus Hamm wird berichtet: Ein Genosse, der wegen Unbotmäßigkeit als Reservemann eine 24stündige Haft erhalten und während dieser Zeit die Wände seiner Zelle mit dem sozialistischen Programm bedeckt hatte, ist vom Kriegsgericht zu 5 Jahren Gefängniß verurtheilt worden. Diese Strafe ist übermäßig hart für die unüberlegte That.

Zeig, den 1. Juni. Einem Extrablatt des „Vollsboten“ entnehmen wir über die „Natarbeit in Cisleben“ noch folgende Einzelheiten:

„Gestern Nachmittag einhalb 4 Uhr sollte im Saale des „Kronprinz“ zu Cisleben eine Versammlung stattfinden, in welcher unser Genosse A. Hoffmann über „Die Sozialdemokratie und ihre Gegner“ referiren sollte.“

„Es halb 3 Uhr hatten sich mit den von auswärts gekommenen Genossen einige 60 Personen, darunter mehrere Frauen, eingefunden, als über 200 Bergleute, welche aus der Umgegend von Cisleben zusammengetrommelt waren, angetrückt kamen; da der Einberufer bereits seit ein paar Tagen unrichtig war, daß die Versammlung mit Knüppeln auseinandergetrieben werden sollte, hatte er in den Annahmen den Bergleuten den Eintritt verboten. Als den Bergleuten daher aus diesem Grunde der Eintritt verweigert, schlugen die mit Knüppeln, Todtschlägern, Gummischläuchen mit eingedraubenen eisernen Schrauben, Schuppenstelen u. Bewaffneten ohne Weiteres auf die Anwesenden ein, getrummerten Thüren, Fenster, Gläser, Tische, Stühle u. s. w., fielen über die Anwesenden, trodten ihnen auf Genosse Hoffmanns Vermittelung der Eintritt gestattet war, in wahrhaft beschäuflicher Weise her. Das Blut floß in Strömen; erst nach circa dreiwertelständiger Mehelei, während die Angreifer auf über 300 angewachsen waren, erschien die Polizei.“

Wilfer, 1. Juni. Die Mitgliedschaft beim Arbeiter-Bildungsverein wird Manchem hier schwer verdaulich, so daß es fast den Anschein hat, als ob Jeder, der sein Wissen zu bereichern trachtet, in Staatsbetrieben nicht mehr gebraucht werden kann. Man höre Folgendes: Am 21. Mai erschien beim Vorstande des Arbeiter-Bildungsvereins ein Polizeibeamter und ersuchte um eine neue Mitgliederliste; die alte sei im Bureau abhandeln gekommen. Der Vorstand war entgegenkommend und stellte die verlangte Liste aus. Vielleicht war nun der Behörde die Mitgliederzahl zu groß oder es waren andere Umstände maßgebend — noch am gleichen Tage wurde ein bei der Bahn beschäftigtes Mitglied zum Herrn Bürgermeister beschieden und dort gefragt, ob er Mitglied des Arbeiter-Bildungsvereins sei. Das bejahte der Befragte ohne Zögern. Nun aber wurde ihm vom Bürgermeister bedient, daß er sofort aus dem Verein austrreten müsse, sonst könnte er nicht weiter an der Bahn beschäftigt werden. — Wir glauben jedoch nicht, daß es auf diese Weise gelingen wird, den Verein zu schwächen. Im Gegentheil können wir konstatiren, daß gerade nach diesem Vorfall der Verein wieder einige neue Mitglieder gewonnen hat.

Theater.
 Mittwoch, den 3. Juni,
 Opernhaus. Bild und Floz.
 Schauspielhaus. Der neue Herr.
 Berliner Theater. Der Hütten-
 besitzer.
 Deutsches Theater. Faust, I. Theil.
 Friedrich-Wilhelmstadt. Theater.
 Ranon.
 Wallner-Theater. Der verlorene
 Sohn. Vorher: Das Modell.
 Bellealliance-Theater. Tricouche
 und Cacolet.
 Ostend-Theater. Heinrich Heine.
 Saison-Theater. Vorstellung.
 Kaufmann's Varietés. Große Spe-
 zialitäten-Vorstellung.
 Concordia. Große Spezialitäten-
 Vorstellung.

Stablissement Buggenhagen
 am Moritzplatz.
 Täglich:
Unterhaltungsmusik.
 Direktion J. Hödmann.
 Dienstag und Freitag: Walzer-Abend.
 Großer Frühstücks- und Mittagstisch.
 Spezial-Kuchenschank von Pagenhofer
 Export-Bier, Seidel 15 Pf.
 F. Müller.

Passage-Panopticum.
 Unter den Linden 22/23.
Knabe mit 2 Köpfen.
Indier mit 4 Armen, 4 Beinen.
Bartdame.
Vitreo
 ist Cones, Glas, alte Stiefel etc. etc.
 Spezialitäten-Theater v. 6-10 Uhr.
 Geöffnet von Morgens 10 Uhr.

Castan's Panopticum.
 Jetzt: Friedrichstr. 165.
 Neu:
Lappländer
 aus den nordischen Schneebirgen.
 Ohne Extra-Entree!
 Geöffn. v. 9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends.
 Entree 50 Pf. Kinder 25 Pf.

Nonbiter Gesellschaftshaus
 Alt Moabit 80-81.
 Artistiche Leitung Wilhelm Fröbel.
 Täglich Gr. Konzert.
Spezialitäten-Vorstellung.
 Großer Erfolg
 des neu engagierten sensationellen
Künstler-Personals.
 Kolossaler Jubel
 der urkomischen Pantomime
Die lustigen Schneider.
 Anfang Sonntags 4 Uhr. Wochen-
 tags 5 Uhr. Entree 30 Pf. Reservirter
 Platz 50 Pf. — Kaffeetische ist geöffnet.
 Volksbelustigungen aller Art.
 Sonntag, Montag, Mittwoch
Grosser Ball.
 Helmuth Peters.

Berliner Hippodrom
 Am Kurfürstendamm,
 Station Zoologischer Garten.
Römischer Circus
 Heute Mittwoch:
1. Extra-Renntag.
 Sarazenen - Jagdrennen.
 Römischer Wettfahren
 zwischen 3 Damen.
 Damen-Jockey-Rennen.
 Stehend - Wettrennen.
 Hurdle-Rennen.
 Lockhart's
 6 dress. Riesen-Elefanten.
 Ferner Auftreten des gesamten
 Künstler-Personals.
 Im großartigen Parke von 4 Uhr ab:
Militär-Doppel-Konzerte.
 Konzert-Entree 50 Pf., inklusive der
 Hippodrom-Vorstellung 50 Pf.

Unserem Freunde und Genossen
Rudolf Köhler
 zu seinem heutigen Wiegenfeste ein
 sonnendes Hoch!
 Die Glanznummer.
 Allen Freunden und Bekannten die
 traurige Nachricht, daß mein Sohn,
 der Schloffer **Herrmann Mielke**,
 am Sonntag gestorben ist. — Die Be-
 erdigung findet am Mittwoch Nach-
 mittag 5 Uhr vom Augusta-Hospital
 aus statt.
 Auguste Mielke.

Neue Welt, Bergschloss-Brauerei Hasenhalde.
 Heute, Mittwoch: 1153b
Kinder-Fest mit Gratis-Verloofung. Hauptgewinn ein lebendes Schaaf.
 Von 4 Uhr Nachm. ab: **Konzert. Spezialitäten. Ball.**
 Bonbonregen. Stangenklottern. Wettlaufen. Puppentheater. Fackelzug.
 die am Eingang eine Mütze, ein
 Entree 15 Pfg. Kinder, Geschen und ein Preislos erhalten, 10 Pfg.
 Donnerstag: Sommerfest des Deutschen Bäcker-Verbandes.

Neue Welt, Bergschloss-Brauerei Hasenhalde.
 Sonnabend, den 6. Juni 1891:
Großes Sommerfest, Vokal- u. Instrumental-Konzert,
 veranstaltet von den Gesangsvereinen
 „Norddeutsche Schleiße“, „St. Urban“, „Zuversagt“, „Collegia“
 und „Morgenroth“ (Mitglieder vom Arbeiter-Sängerbund Berlins u. Umg.).
 Sämtliche Gesänge (Bundeslieder) werden von dem Dirigenten Herrn
O. Loheit geleitet.
 Außerdem: Spezialitäten - Vorstellung. Zum Schluß:
Monstre-Fronten-Feuerwerk.
 Anfang Nachmittags 4 Uhr. — Die Kaffeeküche ist geöffnet.
 Im Bal champêtre: **Grosser Ball.**
 Billets à 20 Pf. sind in allen mit Plakaten belegten Lokalen und Hand-
 lungen zu haben. An der Kasse 25 Pf. 108/12

Th. Keller's Hofjäger Hasenhalde
 Bergmannstr.-Ecke.
 Heute, Mittwoch, den 3. Juni 1891:
Kinder-Fest mit Gratis-Verloofung. Hauptgewinn ein lebendes Schaaf.
 Bonbonregen, Hahnenkampf, Sachhüpfen etc.
Gr. Militär-Konzert. BALL.
 Marionetten-Theater: Große Vorstellung. Volksbelustigungen.
 Abends: Großer Fackelzug bei bengalischer Beleuchtung d. Gärten.
 Anf. 4 Uhr. Entree 15 Pf. (vorh. 10 Pf.) Kinderbillet nur an d. Kasse. A. Froelich.

Ernst Gründer's Festsäle,
 Hasenhalde 21. Jahnstrasse 3.
 Große und kleine Festsäle, Vereinszimmer von 50, 100, 200 bis 3000
 Personen, komfortabel eingerichtet, habe zu Vereinsfestlichkeiten, Versammlungen
 und Hochzeiten unter den günstigsten Bedingungen zu vergeben.
 Täglich: **Große Chantant- und Spezialitäten-Vorstellung.**
 Entree frei. Jeden Sonntag: **Grosser Ball** in allen drei Sälen.
 Montag und Mittwoch: **Ball** bei gänzlich freiem Entree. 957b

Stutz' Photographie-Atelier
 Berlin, Landsbergerstr. 82, nahe Alexanderplatz, Hamburg. [501L
Spezialität: 12 Bild. - Groß- od. Kleinbilder u. Mk. 4,50.
 Ein 1/2 Meter gr. Bild von 10 M. an. Rehnlichkeit, Haltbarkeit w. garantirt.

GESCHAFTSHAUS S. HEINE
 Die Firma besteht seit 1873.
 Neuheiten
 für die Sommer-Saison in
Kleiderstoffen.
 Dauerhaft, praktisch, elegant und billig!
Anlage neuer Elsasser Druckstoffe!
 Mousseline de laine, Levantine, Sommerflanell etc. Ge-
 schmackvolle, orig. Muster in den neuesten Farbenstell.
 gar. waschecht. Die schönsten **Kinderkleider** u.
-Jacken f. Mädchen jed. Alters, sowie Morgenröcke.
 Unterröcke, Blousen u. Schürzen in gross. Ausw.
 ev. nach Maass prompt! **Steppdecken.**
 Eig. Werkst. l. Wasche-Ausstattungen.
 Herren, Damen, Kinderwäsche.

auf Theilzahlung, 820L
Möbel Cohn Gebr., Kommandantenstr. 51,
 Ecke Alexandrinenstrasse.
 Beamten ohne Anzahlung. 818L

Pökel. 818L
Knochenfleisch 6 Pfd. 1 M.
 jeden Mittwoch und Donnerstag Mittag offerirt
 Schlächtermeister,
F. Nietsch jun., Friedrichstrasse 245.

Rheinländischer Tunnel.
 Concert-Salon u. Restaurant.
 Berlin N., Elsasserstrasse 73,
 gegenüber der Bergstrasse.
 Der Gambirius-Salon und
 das Photographische Atelier
 sind neu eingerichtet.
Jeder Gast,
 auch wenn derselbe für nur 10 Pf.
 verzehrt,
wird gratis photographirt!
 Höchst scherzhaft. Großer Jubel!
 Vorzügliches Lagerbier,
 à Seidel 10 Pf.
H. Schultze (mit'n B.).
 Für Gefinnungsgegnen empf. mein
 großes Lager v. Schuhen u. Stiefeln mit
 Kontrollmarke. G. Ferbe, Ritterstr. 114.

1 Mark 75 Pf.
 die so beliebten grünl. Sommer-Jackets,
 1 M. 50 Pf. Sommer-Waschhosen,
 Schulanzüge für Knaben von 2,75 M.
 an. liefert der Central-Bazar für Herren-
 und Knaben-Garderobe von [809L
Julius Lindenbaum,
 Große Frankfurterstrasse 139.
Grabdenkmäler
 in Marmor, Granit, Speint etc. empfiehlt
 bei sauberster Ausführung, zu soliden
 Preisen 815 L
W. Günther,
 Rixdorf, Hermann-Strasse Nr. 150
 Ich erkläre hiermit Frau **Schulze**
 für eine anständige Frau. H. Kuffert.

5. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
 Große öffentliche
sozialdemokratische Versammlung
 am Donnerstag, den 4. Juni, Abends 8 1/2 Uhr,
 in Seefeld's Lokal, Grenadier-Strasse No. 33.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Herrn **Wilhelm Werner**. 2. Diskussion. 3. Bericht
 der Untersuchungs-Kommission und Wahl eines Vertrauensmannes. 4. Ver-
 schiedenes. 832/2
Genossen! Erscheint in dieser Versammlung.

Achtung!
 Da am 11. Juni bei Lips am Königsthor eine
 öffentliche Volksversammlung stattfinden wird, so werden
 die Vorstände der Gewerkschaften und Vereine gebeten,
 für diesen Tag keine Versammlungen einzuberufen.
 J. A.: **Robert Wengels,**
 Gr. Frankfurterstr. 124.

Achtung!
Fachv. d. Steindrucker u. Lithographen Berl.
 Am Donnerstag, den 4. Juni 1891, Abends 8 1/2 Uhr, findet die
letzte Versammlung
 bei Feuerstein, Alte Jakobstraße Nr. 75, im unteren Saal, statt.
 Tages-Ordnung: 281/18
 1. Kassenbericht. 2. Bericht der Arbeitsnachweis-Kommission. 3. Be-
 richt der Rechtschuh-Kommission. 4. Bericht der Unterfützung-Kommission.
 5. Bericht der Bibliothekare. 6. Bericht des Vorstandes über die Auflösung
 des Vereins. — NB.: Mitglieder, welche noch Beiträge, Billets u. s. w. abzu-
 rechnen haben, werden ersucht, es vor Eröffnung der Versammlung zu thun.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein für
Charlottenburg.
 Donnerstag, den 4. ds. Mts., Abends 8 Uhr, in Grischow's
 Salon, Rosinen-Strasse No. 3:
Große Versammlung.
 Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Stadtd. Herrn **Otto Klein** über die bevorstehenden
 Kommunalwahlen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Gäste haben Zutritt.
 Um recht zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.** 302/15

Achtung! Sattler!
 Am Sonnabend, den 6. Juni, findet im Eiskeller, Chaussee-
 strasse 88, ein
Sommer-Fest
 statt, verbunden mit einem von den Mitgliedern der Central-Krankenkasse der
 Sattler arrangirten
Sommernachts-Ball
 nebst großer Fackel-Parade. Die Mitglieder mit ihren Familien und
 Bekannten sind hierzu freudl. eingeladen. Billets sind in den Zahlstellen zu haben.
 Bei ungünstiger Witterung findet die Vorstellung im Saale statt.
 NB.: Das Kassenlokal, sowie die Zahlstellen sind für den Abend ge-
 schlossen. Das Komitee.

Rohtabak A. Goldschmidt,
 Spandauerbrücke 6,
 am hiesigen Plage bekanntlich
Größte Auswahl. Garantirt
stärker brennende Tabake.
 Streng reelle Bedienung, billige
 Preise! Sämtliche im Handel
 befrist. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6,
 am Fackel'schen Markt. [746

Freunden und Genossen empfehle
 mein **Weiß- und Vairischier-Lokal**
 mit Vereinszimmer zur gefälligen Be-
 nutzung. **H. Erdmann, Weidenweg 34.**
Achtung! Kein Laden.
 Nur eigene Fabrikation, 25 Zigarren
 1 Mark. Garantie rein amerikanische
 Tabake. Nippentabak 2 Pfd. 60 Pfg.
H. F. Dinslage,
 Kottbusserstr. 4, Hof part.

Cohn's Hosen- u. Anzugfabrik
 Pallisadenstr. 7, unweit d. Büschingpl.,
 größtes Lager u. billigste Bezugsquelle
 Berlins, arbeitet aus Meßen und ver-
 kauft im Einzelnen: Knabenhosen von
 1 M. an, Jaden 1,50, Herrenhosen 1,50,
 Knabenanzüge 2 M., Burshenanzüge
 3,50, Herrenanzüge 12 M. Nach Maass
 ohne Preisverhöhung. Plüden gratis.
 7 Pallisadenstrasse 7. [810L

Tüll-Gardinen 515L
 Fenster 2, 3, 4, 6 M., Stores 1 M.
Hille, Zimmerstrasse 86, Hof part.
Bücher kauft **A. Hannemann, Koch-**
 strasse 58. I. [819L
Schmerzlojes Zahnzieh. m. Elektricität
 1 M. Falkensteinstr. 22.

Teppiche
 mit unbedeutenden Fardenschlern in
 Tapetat. Drüffel, Drüffel-Imitation,
 Kaminster, Tornyr u. Smyrna in allen
 Größen. **Sofha-Teppiche** à 6, 7, 10,
 20-25 M. **Salon-Teppiche** à 15,
 20, 30-50 M. **Saal-Teppiche**
 35, 40, 50-150 M.
 Versand reell gegen Nachnahme.
Teppich-Weberei S. Unger,
 Berlin S., Oranienstrasse Nr. 48.

Kinderwagen Größtes Lager Berlins
Andreasstr. 23, S. P.
Möbl. Zimmer f. 1 o. 2 Pers., sep.,
 Oranienstr. 9, IV.
 Schlafstelle ist z. vermieten [1152b
 Valenti, Ritterstrasse 75, S. r. 3 Tr.
 Freundl. Schlafstelle sofort zu verm.,
 sep. Eing., Laufgerirr. 86 b. Nidel. [1156b
 Möbl. Schlafstelle für 3 junge Leute
 Holzmarktstr. 37, Hof, Seitenflügel f.
 2. Aufg. 1 Tr. r. [1157b
 Schlafstelle b. Winter, Köpnickstrasse
 Nr. 124, Stfl. 4 Tr. [1155b

Möbel, Spiegel und
Polsterwaren.
 eigener Gr. Lager, bill. Preise.
Fabrik. Emil Heyn,
 Brunnenstrasse 23, Hof part. r. r.
 Theilzahlung nach Uebereinkunft.

Dr. Hoesch, homöopath. Arzt
 Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonntag 8-10.

Artistisch-Photographisches Atelier
 von **Carl Graefe,**
 Berlin S., Prinzenstrasse 11,
 empfiehlt sich den Freunden und Partei-
 genossen zur Aufnahme von Portraits,
 Gruppen, Landschaft u. Reproduktionen.
 Spez.: Vereine u. Gewerkschaftsgruppen.
 Auch zu Gruppenaufnahmen bei Land-
 partien halte mich bestens empfohlen.

Cigarren-Spitzen
 en gros. 643 2
 Billigste Bezugsquelle für
 Cigarren-Händler.
Leopold Kastan,
 Berlin N., Lothringersstr. 100.
Plüschweber.
 Junge Schnittweber für Handstühle
 erhalten gute und dauernde Arbeit in
 Dänemark bei
Nicolai Fogtmann,
 Copenhagen L.
 1074 b

Parlamentsberichte.

Abgeordnetenhause.

98. Sitzung vom 2. Juni. 11 Uhr.

Am Ministertische: von Caprivi, Dr. Riquel, Graf Bedlich und Kommissare.

Bezüglich der Rechnungen der Kasse der Ober-Rechnungskammer pro 1889-90 beantragt die Rechnungs-Kommission die Ertheilung der Decharge.

Abg. Dr. Arendt (frk.) stellt den Antrag, statt des Wortes „Decharge“ das Wort „Entlastung“ zu setzen. Der Antrag wird abgelehnt, der Antrag der Kommission dagegen angenommen.

Das Haus tritt darauf in die zweite Berathung der Novelle zum Sperrgesetz.

Zu Artikel 1, welcher die Vertheilung der gesperrten Beträge an die Erbschläger bestimmt, erklärt Reichskanzler Ministerpräsident von Caprivi: Die Staatsregierung hält auch jetzt den von ihr vorgelegten Entwurf für besser, als den Entwurf, den die Kommission gegenwärtig vorschlägt. Aber um dem § 9 des Gesetzes vom 22. April 1875 gerecht zu werden und um das Ziel zu erreichen, den Frieden herzustellen und zu fördern, ist die Staatsregierung bereit, den Gesetzentwurf, wie er aus der Kommission gekommen ist, anzunehmen, wenn er im Hause Annahme findet. (Beifall.)

Art. 1 wird nach den Kommissionsvorschlägen angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes mit einer vom Abg. Dr. Porzich (3.) zu Art. 2 beantragten wesentlichen Aenderung, mit welcher Finanzminister Dr. Riquel sich einverstanden erklärt. Es folgt die dritte Lesung des Sekundärbahn-Gesetzes.

Nach geschlossener Generaldiskussion wird die Vorlage nach unerheblichen Diskussionen im Einzelnen und demnächst im Ganzen angenommen.

Es folgt die zweite Berathung des Antrags Korsch, betreffend das Verbot des Privathandels mit Staats-Lotterielosen. Derselbe lautet: Wer ohne staatliche Ermächtigung gewerbmäßig Loose oder Loosabschnitte der königlich preussischen Staatslotterie oder Urkunden, durch welche Antheile an solchen Loosen oder Loosabschnitten zum Eigenthum übertragen werden, feilbietet oder veräußert oder zeitweise an einen Anderen überläßt, wird mit einer Geldstrafe von 100-1500 M. bestraft. Derselbe Strafe trifft denjenigen, welcher ein solches Geschäft als Mittelsperson befördert.

Die Kommission beantragt, den Antrag abzulehnen, dagegen nachstehende Resolution anzunehmen:

Die königliche Staatsregierung aufzufordern:

1. Die Zahl der Lotterielose der königlichen Klassenlotterie möglichst noch für das laufende Etatsjahr dem Bedarf entsprechend zu erhöhen.

2. Den Betrieb der Lose der königlichen Klassenlotterie mit thunlichster Sparsamkeit unter Abänderung des bestehenden Systems der Lotterie-Einnahmen zeitgemäß anzuordnen.

3. Ihre Bemühungen für den Erlaß eines Reichsgesetzes einzutreten lassen zu wollen, durch welches eine einheitliche Regelung des Staats- und Privat-Lotteriewesens im Reich und innerhalb der Einzelstaaten angebahnt wird.

Abg. Korsch empfiehlt die Annahme seines Antrages, weil die Staats-Lotterielose vielfach in den Händen von Privat-Händlern sind, welche dem Publikum hohe Preise abnehmen, während für die Staats-Lotterielose stets Abnehmer auch ohne Vermittlung dieser Zwischenhändler zu finden sein würden.

Abg. Gyalina hält die Frage für eine solche, die durch die Reichsgesetzgebung erledigt werden müsse, hat aber auch materielle Bedenken gegen eine solche Gesetzgebung für Preußen, wenn sie möglich wäre, er empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Abg. v. Strombeck empfiehlt die Annahme desselben.

Abg. Schmidt-Warburg (Zentrum): Wenn der Staat die Lotterie veranstaltet, dann kann es keine unmoralische Handlung sein, wenn ein Privater die Lose dazu verkauft. Redner hält es für nöthig, diese Frage reichsgesetzlich zu regeln, jedenfalls solle man den Termin der Einführung des Gesetzes hinausschieben, damit die Personen, welche hierbei betheiligt sind, sich einen anderweitigen Erwerb suchen können.

Abg. Arendt hält die Bestrafung des Looshandels für notwendig, namentlich weil sehr viele fremde Lotterielose in Preußen gehandelt werden. Es sei zu bedauern, daß die Polizeibehörden noch nicht genügend aufmerksam sind, um den Vertrieb fremder Lose, der oft ein sehr offener ist, zu vermindern.

Geh. Ober-Justizrath Lucas befreit, daß diese Frage der Gesetzgebung des Reiches unterliege.

Abg. Richter: Dieser Ansicht war das Finanzministerium früher nicht. Redner bekämpft den Antrag, weil gar nicht festgestellt sei, unter welchen Bedingungen der Verkauf der Lotterielose in Person übertragen werden könne, Alles sei in die Hand der Verwaltung gestellt. Man spreche im Allgemeinen im Volke davon, daß bei der Vertheilung der Lose ohne Noth schon allzuviel Welterschaften und parteipolitische Rücksichten mitspielen. Die Gegner der Privatlotterien hätten nur bei der Schloßfreiheit-Lotterie ihre Meinung geltend machen sollen. Weßhalb solle der Zwischenhandel gestört werden, der dem Publikum die Lose nur mehr zugänglich macht, der lediglich das thut, was die staatlichen Behörden unterlassen. Es schied sich überhaupt nicht für Preußen, aus der Lotterie einen Gewinn zu ziehen und so lange man dies thut, soll man sich um Kleinigkeiten des Zwischenhandels nicht kümmern. Wenn man wirklich etwas erreichen wolle, dann solle man nicht solche Gelegenheitsgesetze machen, sondern gründlich vorzehen und durch Reichsgesetze die Lotterien beschränken. Eine solche Arbeit, wie sie gemacht werden soll, ist nur Pflanzarbeit. (Beifall links.)

Geh. Ober-Justizrath Marcnowski erklärt sich gegen den Antrag der Kommission.

Abg. Cremer-Zellow empfiehlt die unveränderte Annahme des Antrags Korsch, der allein die Möglichkeit schafft, das Publikum von den schweren Ausschlägen zu befreien, welche es für Lotterielose an die Zwischenhändler bezahlen müsse, die sich diese Lose nicht gerade auf dem besten Wege verschafft haben.

Finanzminister Riquel: Die Privatloosbändler kaufen die Lose der Staatslotterie systematisch auf; es ist nicht möglich, ihnen entgegenzutreten; sie haben eine ganze Reihe von Personen in ihrem Solde und erzeugen einen künstlichen Mangel an Loosen, welcher schließlich zur Preissteigerung führt. Der Staat hat kein Interesse, dem Verkehr, welcher entsteht aus diesen Beziehungen zwischen einem gutgläubigen Publikum und dem sehr geschickten Privatloosbändler Vorhand zu leisten. Um die Vermittlung der Privatloosbändler zu beenden, wird die Verwaltung vielleicht dazu übergehen müssen, die Bezirke der Kollektoren zu verkleinern und ebenso die Loosabschnitte, damit ein direkter Verkehr mit dem Publikum ermöglicht wird. Ich kann nur meine persönliche Meinung kundgeben, da die Staatsregierung sich mit dieser Frage noch nicht beschäftigt hat. Die Kompetenz der preussischen Gesetzgebung steht außer Zweifel.

Der Antrag Korsch wird darauf von einer aus den Konser-

vativen und dem Zentrum bestehenden Mehrheit angenommen. Die von der Kommission vorgeschlagenen Resolutionen werden morgen berathen werden.

Schluß 4 Uhr.
Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Petitionen.)

Lokales.

Die Protestversammlungen, die infolge des vom Parteivorstande an der Spitze der gestrigen Nummer veröffentlichten Aufrufs von den Vertrauensmännern der sechs Berliner Reichstags-Wahlkreise einberufen werden, finden von

Freitag, den 5. Juni, Abends 8 Uhr.

statt. Die Referate haben die in Berlin wohnenden sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten übernommen. Bezüglich der Lokale, in welchen die Versammlungen tagen werden, verweisen wir auf die in morgiger Nummer erscheinenden Annoncen, sowie auf die Freitags erfolgenden Bekanntmachungen an den öffentlichen Anschlag-säulen.

Arbeiter-Bildungsschule. Der Auszug der Schüler des naturwissenschaftlichen Unterrichts, zu welchem sich auch einige Gasse eingeschrieben hatten, nahm in Kürze folgenden Verlauf: Die Genossinnen und Genossen versammelten sich Sonntag Nachmittag 3 Uhr an der Panower Kirche. Von da aus wurde der Weg nach dem Schloßpark genommen, wo der Lehrer des naturwissenschaftlichen Unterrichts, Herr Kantorowicz, verschiedene an ihn gerichtete Fragen in ausführlicher Weise beantwortete. Dann ging man nach dem „Elysium“, wo von den Damen Kaffee gekostet wurde. Nachdem hier über den weiteren Plan der Partie berathen wurde, wurde der Weg über Rosenthal nach Blankenfelde angetreten, welcher in Bezug auf den Zweck des Ausfluges wesentliche Anknüpfungspunkte bot. Bei den Kieffeldern in Rosenthal nahm der Lehrer Veranlassung, über das System derselben eine längere belehrende Erklärung zu geben. In Blankenfelde stärkten sich die Ausflügler und nahmen nach einer anderthalbstündigen Pause wieder den Weg nach dem „Elysium“ auf. Hier wurde die Stimmung bald eine recht heitere, so daß von Seiten eines der Teilnehmer der Vorschlag gemacht wurde, eine amerikanische Auktion zu veranstalten, welche auch sogleich vorgenommen wurde. Das Resultat derselben war ein recht erfreuliches, da eine Summe von 23,40 M. zusammen kam. Es wurde beschlossen, obigen Betrag zu Lehrmitteln des naturwissenschaftlichen Unterrichts in den beihilglichen Schulen (1. und 2. Nordschule) zu verwenden. Nachdem noch einige Arbeiterlieder gesungen, wurde unter weiterem Gesang der Heimweg angetreten. Ein Jeder hatte den Eindruck, einen ebenso frohlichen als lehrreichen Sonntag-Nachmittag verbracht zu haben.

Der Konsum von dieser Milch ist augenblicklich hier recht bedeutend, was auch leicht durch den Umstand erklärlich wird, daß es noch keine neuen Früchte giebt und daß eine Schüssel dieser Milch bei dieser warmen Witterung ein wahres Lebensmittel ist. Da es längst anerkannt wurde, daß der Preis der Milch in Berlin sehr wünschenswerth, daß der Milchkonsum immer so groß bliebe, wie er zur Zeit ist, dann würde er wenig hinter demjenigen von Schleswig-Holstein oder Dänemark zurückstehen. In diesen Ländern ist der Verbrauch von Milch, Butter und Käse von alterher ein großer; derselbe wächst stetig mit der Bevölkerung, und Milch sowie alle daraus bereiteten Speisen sind bei Jedermann eine beliebte Nahrung. Ueberall kommt Buttermilchsuppe auf den Tisch und in Kiel findet man im Sommer in allen Gartenlokalen Plakate mit der Aufschrift: Dickmilch, rothe Grütze mit Milch, Joharbergrütze, Erdbeeren mit Sahne u. s. w. Wo existirt in oder um Berlin ein Gartenrestaurant, wo man jezt rothe Grütze mit Milch oder die sehr zeitgemäße Joharbergrütze essen könnte. Kaum weiß man hier, was „Dickmilch“ ist, wobei bemerkt werden möge, daß „Dickmilch“ nicht „dicke Milch“ ist, sondern etwas ganz anderes. In Hamburg giebt es in der Nähe der Börse, auf dem Bursteck ein von einer dortigen Meierei gehaltenes Kellertal, was so sehr besucht wird, daß daselbst in der jetzigen Jahreszeit täglich 1000 Eiter und mehr Milch zu der erwähnten Dickmilch verbraucht werden. Und die Hamburger befinden sich gut dabei.

Im „Durchbruch Zimmerstraße“ ist wieder eine Veränderung eingetreten — er ist „endgiltig“ für den Wagenverkehr freigegeben worden, nachdem man die Barriere, welche bisher zur nächtlichen Sperrung jener geheiligten Stätte diente, entfernt hat. Wir würden vorschlagen, meint die „Vossische Zeitung“, jene Barriere ebenfalls ins Märkische Provinzial-Museum überzuführen, wenn nicht die Vermuthung vorläge, daß dieselbe demnächst noch verschiedene Male an der Durchbruchsstelle zur Verwendung gelange. Schon der Sparsamkeits Sinn verlangt, daß man eine funktionslose Barriere nicht so ohne Weiteres außer Aktivität setzt, zumal Anhalt und Leipzigerstraße von dem Publikum benutzt werden können — was brauchen die Leute gerade die Durchbruchsstelle zu passieren! Voraussichtlich wird also die Barriere noch des Oestereu austauschen.

Aus dem Krankenhaus entlassen! Ein junger, anständig gekleideter Arbeiter brach am Sonnabend in der Gräberstraße plötzlich zusammen. Einige vorübergehende Arbeiter hoben ihn auf, und glaubten schon eine Leiche vor sich zu haben, bis endlich der Mann die Augen wieder aufschlug. Sobald er der Sprache mächtig war, bat er um etwas Brot.

Die Arbeiter wußten nun mit wem sie zu thun hatten! Der Arme war vollständig entkräftet und vor Hunger zusammengebrochen. Auf Befragen seit wann er Nichts gegessen hätte, erzählte derselbe, daß er am Donnerstag, also vor zwei Tagen (!) aus dem Krankenhaus entlassen sei und seitdem noch nichts gegessen habe. Die anwesenden Arbeiter theilten ihr Vesperbrot mit dem Armen, der es sofort verschlang.

Einer der Arbeiter, welcher in demselben Hause wohnte, holte zu Essen und zu Trinken; dann mußten aber alle so schnell wie möglich ihrer Arbeit nachgehen.

Einem Bauernfänger ist vor einigen Tagen ein des Deutschen wenig mächtiger polnischer Arbeiter auf dem Leichter Bahnhof in die Hände gefallen. Als der Arbeiter, von Kiel kommend, auf dem Bahnhof anlangte, wurde er von einem ihm unbekanntem Mann angesprochen und nach seinem Reisefiel befragt. Der Arbeiter sagte dem Fremden, daß er nach Lissa zu fahren gedenke. Der Fremde erbot sich, das Billet zu lösen und forderte zu diesem Zweck 20 M. Nach kurzer Zeit kündigte er dem Polen auch ein Billet ein und entfernte sich dann schleunigst. Wie später festgestellt wurde, hatte der Bauernfänger ein — 10 Pf. Billet zur Benutzung der Stadtbahn gekauft und mit der Summe von 10,00 Pf. das Billet gesucht.

Dierdurch den Genossen zur Nachricht, daß unterzeichnete Personen am heutigen Tage mit dem Direktor der Borussia-Brauerei Herrn Kampffheller verhandelt und werden die Genossen ersucht, um allen Theilen gerecht zu werden, den Zustand bis auf Weiteres gelten zu lassen, wie er vor dem Bericht vom 28. Mai im „Vorwärts“ war. F. Mielen, Mitglied der Lokal-Kommission in Johannissthal. R. Niemetschek, D. Wigle.

Ein berechnetes Zeichen dafür, schreibt der Gastwirths-Gehilfe, daß die Herren Gastwirthe nicht genug verdienen, um ihren Kellnern einen „anständigen“ Lohn zu zahlen, ist die That-sache, daß der Pächter von Schloffer's Hotel in der Jägerstr. 17 das Grundstück von dem Bankhause von H. Löwy für 1 200 000 M. angekauft hat.

Man sieht also, daß der Entbehrungslohn der armen Unter-nnehmer noch immer leidlich zu ertragen ist, wenn dieselben nur das „Theilen“ desselben zu vermeiden verstehen, indem sie ihren Vorkontanten oder denselben höchstens in der denkbar dürftigsten Form darreichen.

Auf die von konservativen Blättern stets bis zum Himmel erhobene Wohlthätigkeit des Herrn Kommerzien-rathes Spindler wirft eine kürzlich von ihm getroffene Einrichtung ein sehr, sehr bedenkliches Licht. Feststehendermaßen bezieht Herr Kommerzienrath Spindler aus seiner Färberei u. s. w. einen Nutzen von mindestens 200-300 pCt., und trotzdem ist er darauf bedacht gewesen, seinen so wie so respektablen Gewinn um die Summe von wöchentlich etwa 240 M. zu erhöhen. Die von der Färberei ausgeschickten Wagen, mit denen die Stoffe zu den Konsumenten befördert wurden, wurden früher von einem Kutscher geführt und ein „Mitfahrer“ trug die Waaren aus dem Wagen in die Wohnungen der Kunden. Schon von jeher war der Wochenlohn der Mitfahrer nur sehr minimal, da der höchste Lohn wöchentlich 16,50 M. betrug. Jedoch verdienten dieselben immerhin den gleichen Betrag durch die gelpendeten Trinkgelder, so daß — ähnlich wie in den Damenreihen — ein Theil des Lohnes der in der Spindler'schen Fabrik beschäftigten Arbeiter von dem Publikum gezahlt wurde. Herr Kommerzien-rath Spindler beschäftigte etwa 30 Mitfahrer zu einem Wochenlohn von durchschnittlich 15 bis 16 Mark; da ihm aber die für diese Arbeiter verausgabte Summe zu hoch erschien trotz der 200-300 pCt. Nutzen — so verfügte Herr Spindler einfach, daß die Mitfahrer ihres Amtes erhoben und durch Jungen im Alter von 12-15 Jahren ersetzt werden sollten. Diese Jungen erhalten wöchentlich 8 M., sitzen neben dem Kutscher und haben die Zügel der Pferde zu halten, während der Kutscher die Waaren in die Wohnung der Kunden trägt. Auf diese Weise spart Herr Kommerzienrath Spindler wöchentlich 240 M., also jährlich etwa 12 480 M. Die so plötzlich ihres Amtes entborenen Mitfahrer sind nun zwar nicht entlassen worden, sondern man beschäftigt sie in der Fabrik gegen den früher bezogenen Wochenlohn. Da die meisten der Mitfahrer aber verheirathet sind und eine starke Familie haben, ist es ihnen nach Wegfall der bisher bezogenen Trinkgelder nicht mehr möglich, ihre Familien mit einem Lohne von 16 M. ernähren zu können. Sie sind also gezwungen, sich nach einem anderen Erwerb umsehen zu müssen, und Herr Kommerzienrath Spindler ist seine unbedenklichen Arbeiter auf eine äußerst einfache und durchaus nicht konpromittierende Weise losgeworden.

Ein großes Festessen veranstaltet am 6. Juni anlässlich seines 25-jährigen Bestehens der Verein Berliner Volkskochen. Vormittag ist im Rathhaus eine pompaste gegenseitige Beweihrückerung der „Ehrenmitglieder“ und sonstigen „Wohltäter“; Frau Eina Norgenstern wird da wohl auch ihren rechtlich verdienten Theil von Lobpreisungen abbekommen. Und dann findet zur Erholung von den Anstrengungen ein solennes Festessen im Zoologischen Garten statt.

Sonst können die Leute von der Volkskochen-Ernährungs-methode — für das arbeitende Volk nicht genug den Werth und die Bürglichkeit der Volkskochenkost in den Himmel heben, aber sie selbst meiden sie jetzt anglich. Es scheint demnach, als ob sie wädhnen, daß dergleichen „vorzügliche Nahrung“ zu — gut für die besitzenden Stände sei. Sonst würde doch nichts näher liegen, als daß die Herrschaften von Volkskochenverein an dem Festtag der Volkskochen ihr „solennes Mahl“ in diesen abhalten und sich an der von ihnen so viel gepriesenen „Kost“ belectiren.

Fliegenplage. Das warme Wetter des Frühjahres ist für das Hervorkommen und die Vermehrung des Ungeziefers besonders günstig gewesen: in manchen entfernten Ländern traten Schaaren von Heuschrecken auf, die Städte werden mehr wie je von Flöhen und Wanzen geplagt und auf dem Lande werden Menschen und Vieh von unzähligen Fliegen belästigt. Da die Zahl unserer ländlichen Genossen fortwährend zunimmt, so wird es und Mancher derselben vielleicht Dant wissen, wenn wir nachfolgend einige Mittel gegen die Fliegenplage mittheilen.

Die Thiere vor den Verfolgungen derselben zu schützen, wäscht man sie mit einer Abkochung aus Bilsenkraut, Knoblauch, Kürbis-blättern, Hansblättern, Hollunder, Steindl, Tabak, Wallnuss-blättern, Wermuth, Quassia, Coloquintiden, Ochsenauge, Naude, Weibrauch, alles mit Essig und Oel zusammengekocht. Aus den Stallungen vertreibt man nach Entfernung des Viehs die Fliegen, indem man Thüren und Fenster schließt und dann Insektenpulver bis zum vollständigen Durchdringen der Luft mit demselben dort zerstäubt. Die Fliegen fallen bebaßt zu Boden, werden zusammengefest und verbrannt. Frische Beschaffenheit des Insektenpulvers ist Haupt-erforderniß. Sihen die Fliegen an kalten Tagen an den Wänden, so wird auf 120 Gr. Insektenpulver, 2 Gr. gepulverten Schwefel und 2 Gr. Hegenwehl (Cyperopodium) zugelegt, und die Mischung mittelst einer Schweinsblase, in deren Oefnung eine Federrose befestigt ist, gegen die Fliegen gestäubt. Billiger, aber auch weniger wirksam, ist das Ausstellen mit Chloralal gefüllter Naps auf die Fensterlässe oder das Aufhängen von Weisshandeln. In letztere setzen sich die Fliegen gegen Abend und können durch Unterhalten eines Saades und schnelles Abschneiden des Bündels gefangen werden. Als Schutzmittel sind Gaze-fenster und Netzmilch sowie Schutz der Schwaben empfehlens-werth.

Von Wohnräumen, Vorrathskammern u. s. w. hält man die Fliegen fern, wenn man der Decke, mit welcher die Wände gestrichen werden, Vorderseits zusetzt. Um sie schnell aus den Stuben zu vertreiben, räuchert man, indem man trockene Kürbis-blätter auf glühende Kohlen wirft.

Schlafstüchlein. Zu dem Tischler Herrn Wilhelm Krause, Prinzenstr. 6, kam am 6. v. Mts. ein junger Mann ohne Bart, mit einem dunklen Jackettanzug, einem grauen Hüth und Schnürschuhen bekleidet, um eine Schlafstüchlein zu wäschen. Er gab an, aus dem Krankenhaus entlassen zu sein, woselbst er sich einer Augenoperation unterzogen haben wollte. Das linke Auge hatte er durch eine schwarze Binde verdeckt. Seinen Namen gab er als Arbeiter Heere an. In der bezeichneten Wohnung verließ er bis zum 22. v. Mts. Am genannten Tage verließ er die Wohnung gegen 6 Uhr und entnahm einem seiner Schlafkollegen

ein Portemonnaie mit 60 M., dem Anderen stahl er 12 Zigarren. Alle Personen, die mit dem bezeichneten Heere in Verbindung kommen, werden höchst ersucht, ihre Adressen bei Herrn Krause, Prinzenstr. 6, abzugeben, damit dem sauberen Patron sein Handwerk gelte. Der Schwindler ist in Potsdam am 25. November 1870 geboren.

Ein Eisenbahn-Unfall auf der Ringbahn ereignete sich gestern Abend. Der Zug Nr. 12683, welcher um 6 Uhr 13 Min. vom Potsdamer Bahnhof nach Hitzdorf geht, entgleiste hinter der Station Schöneberg beim Passiren der Weichen 7 und 8. Die Lokomotive und drei Personenwagen sprangen aus dem Geleise und hobren sich seitwärts fort; durch das intakte Jungieren der Bremsvorrichtung wurde weiteres Unglück verhütet. Der Unfall geschah dadurch, daß an der Jungiervorrichtung der Weiche die Sperre ohne plötzliche Sprang; insoweit dessen wurde das Geleise nach beiden Richtungen geöffnet und die Wagen mußten aus dem Geleise springen. Das Geleise war am späten Abend noch gesperrt.

Im Dorfe Brich hat in der vorverflohenen Nacht ein verheerendes Feuer gewüthet, welches indirekt durch den starken Regen verursacht worden ist. Die Firma Schmidt & Co. hat dort in der Wellenlinie große Mengen ungelöschten Stalls lagern. Der Regen muß durch eine schadhafte Stelle des Daches auf den Stall gestiegen und diesen entzündet haben. Der Schuppen wurde in Brand geschickt und sind bei der großen Schnelligkeit, mit der das Feuer um sich griff, drei Pferde und Leben gekommen. Der Kutscher vermochte nur mit Mühe sich zu retten.

Die Leichen des Liebespaars, welches sich vor einigen Tagen auf der Obersee von einem gemieteten Boote aus ins Wasser stürzte, sind bereits angeschwemmt und vorläufig in der Leichenhalle zu Rieh-Rummelsburg untergebracht worden. Die Verstorbenen, welche sich zusammengebunden hatten, um vereint in den Tod zu gehen, stammen aus Belgien, es ist ein Doktor M. und seine Frau.

Friedrichshagen. Die Lokalkommission giebt den Genossen bekannt, daß im Lokal von Paul Rademacher der „Vorwärts“ ausliegt. In dem nahe gelegenen Rahnsdorf hat der Gastwirth „Zum großen Necht“ seine Lokale zurückgezogen und ist daselbst jetzt kein Lokal zu haben. Auskunft ertheilt bereitwillig Karl M a i o l a b, Schwanenstraße 22.

Polizeibericht. Am 1. d. M. Vormittags wurde eine Frau in ihrer Wohnung in der Gorkhstraße erhängt vorgefunden. — Auf dem Neubau Memelerstr. 6 fiel zu derselben Zeit der Zimmermann Albert Walter beim Tragen von Balken infolge eines Fehltritts zur Erde und wurde durch den auf ihn fallenden Balken an der Brust so schwer verletzt, daß er nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht werden mußte. — Vor dem Hause Plottwellstraße 17 fiel Vormittags ein Geschäftswagen mit einem Mörtelwagen zusammen und wurde infolge dessen der Führer des ersteren, der Kutscher Gustav Born, vom Bod herabgeschleudert. Er erlitt hierdurch eine Gehirnerschütterung und mußte nach dem Elisabeth-Krankenhause gebracht werden. — Mittags fiel ein Arbeiter vor dem Hause Weberstraße 40a in der Trunkenheit von dem von ihm geführten Mörtelwagen und erlitt eine so bedeutende Verletzung am Kopfe, daß seine Lebensführung nach dem Krankenhause am Friedrichshain erforderlich wurde. — Nachmittags wurde ein Kaufmann in seiner Wohnung Alt-Moabit 78 mit Brandwunden an der Brust und an beiden Armen bemüthlos aufgefunden und nach dem Krankenhause Moabit gebracht. Derselbe hatte zu gewerblichen Zwecken Schwefel erhit, ist aufsteigend durch den entwickelten Dampf ohnmächtig geworden und hat durch den herausstreichenden Schwefel die Brandwunden erlitten. — Auf dem Dönhofsplatz fiel zu derselben Zeit ein Schuhmacher in der Trunkenheit über die Einfriedigung der Anlagen und verletzte sich dabei so schwer an der Stirn, daß er nach der Charite gebracht werden mußte. — Nachmittags brachte sich ein Versicherungsbeamter in den Geschäftsräumen der Gesellschaft mittelst Revolvers einen Schuß in die Schläfe bei. Schwer verletzt wurde er nach der Charite gebracht. — An der Köpckebrücke sprang Abends ein Mann in den Louisenstädtischen Kanal, wurde jedoch noch lebend aus dem Wasser gezogen und nach dem Krankenhause Bethanien gebracht. — Als in der Nacht zum 2. d. M. der Verwalter des Grundstücks Prenzlauerstr. 59/60 mehrere dort nächtigende Männer zum Verlassen des Grundstücks aufforderte, fielen dieselben über ihn her und schlugen auf ihn ein. Infolge dessen gab er einen Schuß aus seinem Revolver ab, welcher den einen der Angreifer in den Fuß traf, worauf die Anderen die Flucht ergriffen. Der Verletzte wurde nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht. Am 1. d. M. fanden vier kleine Brände statt.

Gerichts-Beitung.

Eine Art Meisterstück in der Taschendieberei hat die unverschämte Wilhelmine Marie Döring, welche sich gestern unter der Anklage des Diebstahls vor der zweiten Strafkammer hiesigen Landgerichts I befand, am 5. April in der Brunnenstraße zur Ausführung gebracht. Die Angeklagte, eine alte, vielfach vorbestrafte Taschendiebin, besuchte am gedachten Tage Nachmittags eine Drefflation in der Brunnenstraße und hielt sich daselbst eine Zeit lang auf. Während ihrer Anwesenheit überließ sich der Besitzer dem Nichtstun; er stellte sich in seine Lebens- thür und erregte sich ein Weichen an der frischen Luft. Nach einiger Zeit entfernte sich die Angeklagte, nachdem sie noch ein kurzes Gespräch mit dem Wirth geführt und sich von demselben freundlich verabschiedet hatte. Der Wirth ahnte nicht, daß ihm die freundliche Dame eine sehr unangenehme Ueberraschung bereitet hatte. Ganz kurze Zeit nach dem Fortgange der Angeklagten präsentirte ein Mann eine Rechnung zur Bezahlung; der Wirth griff in die Tasche, erschrak aber nicht wenig, als er bemerkte, daß aus derselben das mit 200 M. beschriftete Portemonnaie verschwunden war. Es war kein Zweifel, daß sein weiblicher Gast, der sich kurz vorher so freundlich verabschiedet hatte, ein gewandter Taschendieb war und ihm, während er an der Ladenthür stand, das Portemonnaie in äußerst geschickter Weise aus der Tasche eskamotirt hatte. Von der Angeklagten wäre sicher keine Spur zu entdecken gewesen, wenn dieselbe dem Beobachtern nicht eines Tages auf der Straße zufällig in die Arme gelaufen wäre und nun der Polizei hätte überweisen werden können. Sie war auch sofort gefänglich und durchaus nicht überrascht, als sie der Gerichtshof mit Rücksicht auf die Höhe des Objectes zu 3 Jahren Zuchthaus verurtheilte.

Das in den Restaurants, in welchen Wein und echte Biere von jarter Hand verzapft werden, unrette und unsaubere Manipulationen häufig an der Tagesordnung sind, ist eine bekannte Thatsache, welche durch zahlreiche Anklagen wegen Nahrungsmittel-Verfälschung immer auf's Neue bestätigt wird. Eine solche wurde gestern in der Berufungsinstanz vor der V. Strafkammer gegen den Schankwirth Ge- lenk verhandelt. Derselbe besah im vorigen Jahre in der Befruhrstraße eine derartige Kneipe mit weiblicher Bedienung und hat die „Glücksverbesserung“ in der Weise betrieben, daß er die Weine, welche von den Gästen in Gläsern und Flaschen stehen gelassen worden waren, am Buffet in leere Weinschalen gossen, letztere wieder regelrecht verlorste und diesen Nischmacher gelegentlich wieder an andere Gäste verlorste. Der Justizkeller Strauch hatte diese ekelhafte Methode zur Anzeige gebracht, obgleich er sich selbst damit auch auf die Anklagebank brachte. Er hatte, wie er sich ausdrückte, diese „Schneiderei“ nicht mehr mit ansehen können. Das Schöffengericht hatte den um das leibliche Wohl seiner Gäste so be-

sorgten Herrn Wirth zu 50 M. Geldbusse verurtheilt, indem es zu dessen Gunsten nur zwei Fälle für erwiesen erachtete. In der Berufungsinstanz verurtheilte der Angeklagte die Glaubwürdigkeit sowohl des Justizkellers als auch einer ihn belastenden Zeugin anzusehen, der Gerichtshof aber sah sich um so weniger veranlaßt, das erstinstanzliche Urtheil aufzuheben, als der Angeklagte inzwischen auch wegen fälscher Verfälschungen von Posterbier durch Pagenhofer Bier zu 3 Monaten Gefängnis verurtheilt worden ist.

Ein Schreibfehler in einem gerichtlichen Aktenschild hatte das Schöffengericht veranlaßt, eine wegen Gewerbetreibertreue Angeklagte freizusprechen. Eine Schankwirthin hatte ein Strafmandat erhalten, weil sie im Jahre 1890 ohne polizeiliche Genehmigung das Schankgewerbe betrieben hatte, indem das Strafmandat war aber infolge eines Schreibfehlers das Jahr 1889 genannt und als die Angeklagte dagegen die gerichtliche Entscheidung beantragte, schlich sich der Schreibfehler in neuer Form auch in den Eröffnungsbeschlüssen, denn dort war als die Zeit der That gar das Jahr 1889 angegeben worden. Man hatte offenbar die falsche Jahreszahl verbessern wollen und dann vergessen, die eine 8 wieder auszuwischen. Das Schöffengericht erkannte f. Z. auf Freisprechung, weil es meinte, daß nur die in dem Strafmandat angegebene Jahreszahl 1889 in Frage kommen könne und die Angeklagte nachzuweisen vermochte, daß sie — ganz abgesehen von der Verjährungsfrage — im Jahre 1889 eine ordnungsmäßige Konfession begeben habe. — Gegen diese Entscheidung legte Staatsanwalt F i e d e l die Berufung ein und vertrat den Standpunkt, daß das Schöffengericht höchstens in der Lage gewesen wäre, das Strafmandat zu deklariren, nicht aber in der Sache selbst zu erkennen. Wenn die Angeklagte hier mit Hilfe eines Schreibfehlers durchkommen sollte, dann würde die Konfession sein, daß man auch einen Eindreher wegen eines erwiesenen Diebstahls nicht verurtheilen könnte, wenn infolge eines Schreibfehlers im Eröffnungsbeschlüsse die Zeit der That falsch angegeben wäre. — Der Verteidiger, Rechtsanwalt K a l i n o w s k i, beantragte dagegen die Verwerfung der Berufung. Bei einem Einbruchdiebstahl gebe es noch andere Erkennungsmomente, bei diesem Falle habe aber die im Strafmandat angegebene Zeit das einzige Erkennungsmoment gebildet und darauf hin habe das Schöffengericht ganz folgerichtig auf Freisprechung erkannt. — Die Strafkammer schloß sich jedoch der Auffassung der Staatsanwaltschaft an, denn der Gerichtshof beschloß, die Angeklagte persönlich vorzuladen, um durch deren Vernehmung weiteres Material zur Beurtheilung der Sachlage zu erhalten.

Ein origineller Anklagefall wegen Impfkontravention beschäftigte gestern die 98. Abtheilung des Berliner Schöffengerichts. Dem jetzigen Telegraphen-Assistenten, derzeitigen Sergeanten Wilhelm Weiskopf war am 5. März 1899 ein Sohn geboren, welcher im März 1899, also vor Eintritt seiner Impfpflichtigkeit wieder verstorben ist. Am 7. September v. J. erschien nun ein Schuttmann in der Wohnung des Sergeanten und gab in dienstlicher Abwesenheit desselben eine Impfkarte mit der Aufforderung ab, den am 5. März 1899 geborenen Sohn Bruno Oskar Hugo binnen einer bestimmten Frist impfen zu lassen und den Impfschein im Revierbureau vorzulegen. Da Frau B. dem Beamten Mitteilung von dem Ableben ihres Kindes machte, welches überdies durch die Standesbeamten und durch Ausstellung des Todtenscheins polizeilich gemeldet sein mußte, bekümmerte sich der Sergeant B. nicht weiter um diese Angelegenheit. Inzwischen wurde er in seine jetzige Beamtenstellung einberufen und vor einiger Zeit mit einer amtsgerichtlichen Strafverurteilung bedacht, nach welcher er wegen Nichtvorlegung des Impfscheines seines Sohnes in 3 M. Strafe genommen wurde. Selbstverständlich erhob der Betroffene Einspruch, und so gelangte diese eigenartige Angelegenheit zu gerichtlicher Erörterung. Selbstverständlich hat der Angeklagte freigesprochen werden müssen.

Essen, 1. Juni 1901.

Die Bochumer Steuereinschätzungs-Verhältnisse vor Gericht.

Erster Tag der Verhandlung. (Schluß.)
Den Vorsitz bilden: Landgerichtsdirektor Thöne (Präsident) und die Landgerichtsräte Dr. Ruffel, Schneider II, Kretzler und Landrichter Hüllensamp (Beisitzer). Die öffentliche Anklagebehörde vertritt Staatsanwalt Sandmeier (Bochum). Die Feststellung der Vorfragen der Angeklagten Fuzangel nimmt ziemlich lange Zeit in Anspruch, zumal der Angeklagte behauptet, daß in der Anklageschrift auch mehrere Urtheile der Berufungsinstanzen aufgeführt seien. Der Staatsanwalt bemerkt, daß er dies noch feststellen werde. Auf Vorhalten des Präsidenten bemerkt Fuzangel: Er habe nicht behauptet, daß die Einschätzungs-Kommissionen von den Vermögensverhältnissen der einzelnen zu gering eingeschätzten Personen Kenntnis gehabt, sondern nur sagen wollen: die Einschätzungs-Kommissionen hätten vermöge der ihnen zu Gebote stehenden gesetzlichen Mittel Kenntnis von den Vermögensverhältnissen haben können. Im weiteren habe er nicht behauptet, daß die zu gering besteuerten Personen der evangelischen Konfession und politisch der national-liberalen Partei angehören, er habe im Gegentheil Katholiken in gleicher Weise angegriffen. — Präsi.: Sie haben doch aber geschrieben, daß die angeblich zu gering besteuerten Personen politisch der national-liberalen Partei angehören? — Fuzangel: Ich habe nur sagen wollen, daß die national-liberale Partei in der Bochumer Stadtverwaltung das Heft in Händen habe, die Parteistellung aber nicht als Beweggrund angeführt. Er habe nicht behauptet, daß der Gehilme Kommerzienrath Baare seinen Arbeitern die Steuern am Lohne abziehe, er habe nur den Beweis führen wollen, daß die Arbeiter bedeutend weniger Steuern zu zahlen hätten, wenn die vermögenden Bürger Bochums richtig eingeschätzt wären. Er erkläre sich als Verfasser sämtlicher inkriminirten Artikel bis auf 2; bezüglich dieser wisse er sich nicht mehr auf die Autorität zu erinnern. — Präsi.: Sie geben doch zu, daß die inkriminirten Artikel beleidigend sind und daß Sie auch die Absicht der Beleidigung hatten? — Fuzangel: Das gebe ich nicht zu, jedenfalls hatte ich nicht die Absicht der Beleidigung. — Präsi.: Wenn Sie diese Absicht nicht hatten, dann würden Sie jedenfalls nicht solch heftige Ausdrücke gebraucht haben? — Fuzangel: Als das Steuerprogramm des Finanzministers Miquel bekannt wurde, da hielt ich es für angezielt, einiges bereits seit langer Zeit gesammeltes Material über die Bochumer Steuereinschätzungsverhältnisse zu veröffentlichen. Diese Artikel waren zunächst vollständig sachlich gehalten. Das in Bochum erscheinende „Rheinisch-Westfälische Tageblatt“, ein von den Großindustriellen unterhaltenes Blatt, griff mich jedoch sehr bald aus Anlaß meiner Veröffentlichungen in heftigster Weise an. Es entspann sich infolge dessen eine lebhafteste Freisprechung und da ich auch die Allmacht des Bochumer Gussstahlvereins angriff, so mischte sich Herr Geheimrath Baare in den Streit, indem er in einer öffentlichen Versammlung zu Bochum unseren Stadtverordneten-Kandidaten, den Generaldirektor der Westfälischen Stahlwerke, Herrn Köhler, und mich in scharfer Weise angriff. Dadurch wurde der Kampf in der Presse immer heftiger. Dies ist der Anlaß, daß ich heute hier angeklagt bin. Ich behaupte, daß ich in der Hauptsache nur die gegen mich geschleuderten Angriffe zurückgewiesen und überhaupt in jeder Beziehung nur in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe. Obwohl es nicht zu meinen Gespögen gehört, Strafanträge zu stellen, so sah ich mich infolge der maßlosen Angriffe des „Rheinisch-Westfälischen Tageblattes“ doch genöthigt, 3 Strafanträge gegen den Redakteur dieses Blattes zu stellen. — Verteidiger, Rechtsanwalt Schunk, bemerkt, daß augenblicklich 21 Beleidigungsklagen gegen den Redakteur des „Rheinisch-Westfälischen Tageblattes“ schweben. — Der Angeklagte Lüne- mann schließt sich den Ausführungen Fuzangel's vollständig an und macht ganz besonders ebenfalls die Wahrnehmung berech-

tigt Interessen geltend. — Es werden alsdann die zahlreichen inkriminirten Artikel, Erwiderungen Baare's und eine Reihe gegen Fuzangel polemischer Artikel aus dem „Rheinisch-Westfälischen Tageblatt“ verlesen. In den inkriminirten Artikeln heißt es u. A.: „Die Bochumer Stadtverordneten-Versammlung zählt 24 Mitglieder, von diesen ist die große Mehrheit auf den Namen Baare gewählt, ein Theil zählt zu den Beamten des Bochumer Gussstahlvereins.“ Auf eine Bemerkung des Rheinisch-Westfälischen Tageblattes, daß den Bochumer Einschätzungs-Kommissionen höchstens der Vorwurf der Milde gemacht werden könne, hatte Fuzangel in seiner Zeitung erwidert: „Wenn von gegnerischer Seite behauptet werde, die Einschätzungs-Kommissionen hätten nur mäßig gehandelt und hätten hiermit recht gethan, so sei das Erstere zugegeben, so weit es sich um Partei- und Glaubensgenossen handle. Aber nicht Milde, sondern Gerechtigkeit haben die Einschätzungs-Kommissionen walten zu lassen, sonst verließen sie ihre Pflicht und begehen ein Verbrechen an der Armuth. Nach dem Grundsatz verfahren, daß eine Hand die andere wasche, haben die Herren sich gegenseitig so „mildiglich“ eingeschätzt, daß mancher kaum ein Zehntel von den Steuern zahlt, welche er eigentlich bezahlen müßte. Wie die Herren dies mit ihrem Gewissen und dem an Gottesstatt geleisteten Handschlag vereinbaren wollen, ist ihre Sache.“ Im Weiteren wird in den inkriminirten Artikeln bemerkt, daß, obwohl 1/3 der Einwohner Bochums aus Katholiken beständen, nicht ein Katholik zu den Einschätzungs-Kommissionen gehöre; es lasse das tief blicken. — Es wird ferner ein Artikel aus dem „Rheinisch-Westfälischen Tageblatt“ verlesen, in dem ein Arbeiter, der sich „R. B.“ unterzeichnet, im Namen vieler Bochumer Arbeiter bestritt, daß Fuzangel nur bezwecke, für Wahrheit und Recht einzutreten und die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen. „In dem streng katholischen Polen werden die Arbeiter wie Thiere behandelt, so daß sie zu Tausenden ihr Vaterland verlassen, und bei evangelischen Arbeitgebern in Deutschland Arbeit suchen. Davon weiß allerdings Herr Fuzangel nichts, der ruhig auf seiner Villa sitzt.“ — In einem ferneren Artikel der „Westfälischen Volkszeitung“ heißt es: „Es mag ja sein, daß sich aus der Zeit des Vorgängers des Herrn Baare noch ein alter Stamm von katholischen Arbeitern und Arbeitern auf dem Bochumer Verein erhalten hat, allein jedenfalls steht soviel fest, daß Baare mit der sogenannten „Schwarzen Wirtschaft“ auf seinem Verein aufzukommen begann und daß die katholischen Arbeiter auf dem Bochumer Verein sich ihren karglichen Lohn sehr mühsam verdienen müssen. Immer nur aufgedummt mit der „Schwarzen Wirtschaft“, Herr Baare, die Aktionäre des Bochumer Gussstahlvereins werden die Folgen dieser Aufkündigung wohl bald schmerzhaft genug spüren und dann wird es heißen: „Weg mit der Baare'schen Wirtschaft.“ — Die Polemik, die zwischen der „Westfälischen Volkszeitung“ und dem „Rheinisch-Westfälischen Tageblatt“ geführt wurde, war eine sehr persönliche und in einer Sprache gehalten, daß die Verlesung dieser Artikel oftmals zu großer Heiterkeit im Gerichtssaale Veranlassung giebt. So wird z. B. auf die „geißelnde Rasi“ des Chefredakteurs des „Rheinisch-Westfälischen Tageblatt“ hingewiesen und in Verbindung damit der Verwunderung Ausdruck gegeben, daß der Freund dieses Mannes, Herr Geh. Kommerzienrath Baare, Mitglied des Vereins zur Bekämpfung der Trunksucht sei.

In weiteren Artikeln der „Westfälischen Volkszeitung“ wird betont, daß, obwohl 1/3 der Bochumer Bevölkerung katholisch sei, die Armen-Zentralverwaltung zusammengesetzt sei aus 8 Protestanten, 1 Juden und 2 Katholiken; von den letzteren sei noch einer wegen Kränklichkeit und hohen Alters nicht in der Lage, seinen Posten auszufüllen. Alsdann wird getadelt, daß die Armen der Stadt Bochum gezwungen wurden, unter polizeilicher Aufsicht die Straßen zu reinigen, sowie daß die Namen der Armen öffentlich in den jährlichen Magistratsberichten genannt würden. Ferner wird die „weiße Sparfamkeit“ der Armenverwaltung bemängelt, welche nur in einer Herabsetzung der Armenunterstützung bestehe, die allerdings „günstige Resultate“, um die famose Nederverwendung des Bürgermeisters Lange anzuwenden, ergeben habe. Es sei nichts als Spiegelschere, wenn man sage: die Bochumer Armenpflege erfordere zur Zeit geringere Mittel als früher. Der Herr Bürgermeister Lange habe nur durch seine weiße Sparfamkeit einen großen Theil der früher von der Gesamtheit getragenen Armenlast auf die Schultern des Mittelstandes abgewälzt, der auf diese Weise doppelte Armensteuer zahlen müsse, während die Großindustrie und die Leute mit großem Einkommen gespart würden. Ferner wird ausgeführt, daß der Bürgermeister Lange über jedes Ei und über den Vertreib jedes Schinkens die genaueste Aufsicht zu geben vermöge, der Geist aber, der in der Armenpflege herrsche, habe mit der christlichen Nächstenliebe nichts gemein. Die Armenpflege sollen zugleich Polizisten sein, den Hospitalitäten würde das Nothwendigste entzogen und verkauft, dafür müßten sie zweimal in der Woche in Zuchthausuniform öffentlich die Straße reinigen.

Die Verhandlung wird hier gegen 2 Uhr Nachmittags auf morgen (Dienstag) Vormittags 8 1/2 Uhr verlagert. Morgen soll mit der Bürgervernehmung begonnen werden.

Arbeiterbewegung.

Konferenz der Porzellanmaler Deutschlands in Berlin am 17., 18. und 19. Mai.

Die Verhandlungen wurden am 17. Mai, Vormittags 8 1/2 Uhr, durch Herrn S o l l m a n n - Altwasser eröffnet. Die Tagesordnung lautet: 1. Unsere Lage. 2. Die Organisationsfrage. 3. Unsere Fachpresse. 4. Gründung eines Verbandes event. Statutenberathung. 5. Verschiedenes. Es sind 13 Delegirte anwesend. Das Bureau für die Verhandlungen wird auf die Dauer der Konferenz aus den Herren M u n k - Berlin, S o l l m a n n - Altwasser, F i e l o w s k i - Ohrdruff und S c h n a d e l - Altwasser zusammengesetzt; zwei derselben führen gleichzeitig Nebenklasse und Protokoll. Außerdem sind anwesend die Herren H o r n - Soltan als Berichterstatter für den „Fachgenossen“ und L e n y für die „Arbeits“.

Herr S o l l m a n n, welcher die Verhandlung leitet, spricht als Vertreter der schlesischen Kollegen den Dank aus, daß die Kollegen aller Orts ihre Vertreter gesandt haben, um Mittel und Wege zu finden, wie unter einer anderen Organisationsform eine Besserung der Lage der Porzellanmaler herbeigeführt werden könne. Die schlesischen Kollegen seien sich der Tragweite und der Verantwortlichkeit ihres Entschlusses, die Konferenz zu berufen, wohl bewußt gewesen; sie geben sich aber der Hoffnung hin, daß mit Einsicht und dem festen Entschlus, nur Gutes zu schaffen, die Herren Delegirten in die Verhandlungen eintreten und zu einem günstigen Abschlusse führen werden. (Bravo!)

Der Waldenburger Vertreter erstattet einen eingehenden Bericht über die Verhältnisse der schlesischen Porzellanmaler, welcher zu einer lebhaften Debatte Veranlassung giebt und wodurch die sonderbaren Zustände im Verus der „Porzelliner“ zu Tage treten. Als Redner sprachen sich übereinstimmend dahin aus, daß nur eine umfassende Organisation im Stande sein könne, die geschädigten Zustände nach und nach zu beseitigen. Einige eigenhämliche Gebrauche unter den Porzellinern wurden zu beseitigen beschlossen, z. B. Abschaffung der sog. Freisprechelder, Abschaffung hoher Einstandsgelder und Abschaffung hoher Eintrittsgelder.

Die Gründung eines allgemeinen Verbandes der Porzellanmaler und verwandten Berufsgenossen (mit Einschluß der Glas- malar), wird einstimmig beschlossen. Im Laufe der Verhandlungen wurde der „Fachgenosse“ als Verbandsorgan gewählt und dessen obligatorische Einführung für alle Mitglieder auf Kosten der Verbandskasse beschlossen.

Als Sitz für den Verband wird Altwasser in Schlesien gewählt, der Sitz des Ausschusses wird nach Berlin verlegt.

Es wird der Beschluss gefasst, den „Sprechsaal“ nicht mehr als Publikationsorgan für die Porzellanmaler-Vereinigung anzuerkennen, auch jedes Inserieren in demselben zu unterlassen, sowie den Kollegen Dreher u. f. w. zu empfehlen, von diesem Beschlusse Notiz zu nehmen.

Nach Beratung des Statuts für den Verband gelangte die Regelung der Reise- und Unterstüßungsgeld-Frage (Unterstüßungs-Reglement) zum Abschluss.

Die Verhandlungen zeigten den besten Geist; mit Ernst und Ausdauer wurden alle Fragen behandelt, welche geeignet erschienen, zum Besten der Arbeiter zu dienen.

Das Eintrittsgeld wurde auf 1 M., der wöchentliche Beitrag auf 20 Pfg. normiert, im Bedarfsfalle kann der Vorstand mit dem Ausschuss Ertragsbeiträge erheben.

An Unterstüßung wurde das übliche Reisegeld beibehalten. Bei Arbeitslosigkeit kann eine wöchentliche Unterstüßung in einem Jahre 10 Wochen hindurch von 9 M. und bei Maßregelung oder Lohnminderungen 18,50 M., Notfall-Unterstützung bis 30 M. in einem Jahre gewährt werden. Unentgeltlicher Rechtschutz in gewerblichen, oder infolge der Tätigkeit für den Verband entstehenden Streitigkeiten.

Die Konferenz beschließt ferner, sich mit den Arbeitern aller Länder solidarisch zu erklären und schließt sich den Beschlüssen der General-Kommission der Gewerkschaften Deutschlands an.

Als Vertrauensmann in Fällen der Maßregelung und anderen allgemeinen Angelegenheiten wurde Herr Carl Scheiff, Porzellanmaler, Berlin, Dresdenerstr. 107-108, bestimmt und hat derselbe am Gewerkschaftskongress teilzunehmen.

In Anbetracht der allgemein schlechten Geschäftslage wurde beschlossene Streiks möglichst zu vermeiden.

Zur Lehrlingsfrage wurde beschlossen, eine kurze gleichmäßige Zeit anzusetzen.

Bertraten waren 2500 Kollegen von Bayern, Berlin, Rheinland, Sachsen, Schlesien und Thüringen.

Ueber die Verhandlungen wird ein Protokoll herausgegeben. Mit einem Hoch auf das Glück und Gedeihen der neuen Vereinigung wurde die Konferenz am Dienstag, den 19. Mai, 11 1/2 Uhr Vormittags, geschlossen.

Metallarbeiter-Kongress.

Frankfurt a. M., 1. Juni.

I.

In den festlich geschmückten Räumen des Meriansaales wurde heute Morgen der dritte Kongress der Metallarbeiter aller Branchen eröffnet. Ueber der Bühne ist ein Transparent mit der Aufschrift: „Metallarbeiter aller Branchen vereinigt Euch!“ angebracht. Die Delegierten sind aus allen Theilen des Landes zusammengekommen; handelt es sich doch um eine für die ganze Arbeiterschaft Deutschlands wichtige Entscheidung: Gründung einer Metallarbeiter-Union. Sollte die Union zu Stande kommen, so werden sich die verwandten Berufsgruppen anderer Branchen ebenfalls veranlassen sehen, eine einheitliche Organisation in obigem Sinne zu schaffen, um widerstandsfähiger zu sein gegen den gefährlichsten Feind der Arbeiterorganisationen: das Unternehmertum.

Herr Schlichte-Frankfurt begrüßte die Delegierten im Namen der Frankfurter Metallarbeiter. Der Kongress sei einberufen worden, weil die Organisation, welche gegenwärtig im Einzelnen besteht, nicht mehr zeitgemäß ist. Er wünscht den Delegierten zu der ersten Beratung ein „Glück auf!“

Herr Segel-Harth erklärt den Kongress für eröffnet. Er zweifelt nicht daran, daß die Delegierten die gestellte Aufgabe zur Zufriedenheit der gesammten Kollegenschaft erledigen.

Nach Verlesung der provisorischen Tagesordnung wird die Wahl eines provisorischen Bureau einer Mandatsprüfungs- und Geschäftsordnungs-Kommission vollzogen und der Kongress bis 2 Uhr vertagt.

Altenburg. Während der Pfingstfeiertage tagte hier der dritte (außerordentliche) Verbandstag des Verbandes deutscher Müllergesellschaften. Auf demselben waren ca. 2500 Müller durch 20 Delegierte vertreten. Der Verbandstag beschloß den Sitz des Verbandes von Eisenach nach Halle, den Sitz des Ausschusses aber von Frankfurt a. M. nach Reunach zu verlegen. Ferner trugen die Verhandlungen wesentlich zum weiteren Ausbau der Reiseunterstützung z. B. Bei. Auch wurde der Beschluss gefasst, daß die Organisation der Müller auf dem bevorstehenden Gewerkschaftskongress durch die Delegierten Berlins, Kollegen Grimms, vertreten werde. Anschließend hieran bitten wir alle Genossen, unserer Organisation Vorschub zu leisten, wo sie nur irgend können. Es beruhen in der Müllerei Arbeiterverhältnisse, welche aller Menschlichkeit Hohn sprechen. Klärt die Müller auf, sie sind mit dazu berufen, die politische Agitation in ihre Wirkungskreise, d. h. auf das platte Land zu tragen. Alle Anfragen, betreffend des Verbandes, der Agitation u. f. w. sind zu richten an: H. Kahl, Eisenach, Gothaerstr. 21, oder an: H. Kämpfer, Altenburg, Götthoferstr. 30 I. 2 Tr. Von letzterem sind auch Probenummern des Fachblattes für Müller und verwandte Berufsgruppen zu haben.

Bremerhaven, 1. Juni. Mit Bezug auf die gestern von uns veröffentlichte Depesche über den Streik der Heizer theilt uns die unterzeichnete Kommission die Ursachen des Streiks, sowie die Forderungen, welche sie dem „Norddeutschen Lloyd“ gegenüber geltend macht, mit: Schon seit Jahren haben die Heizer und Kohlenzieher danach gestrebt, für ihre schwere und lebensgefährliche Arbeit den entsprechenden Lohn zu erhalten. Da aber der „Norddeutsche Lloyd“ sich niemals dazu verstehen konnte, eine Wahrung herbeizuführen, so wurde in dem Streik eingetreten und folgende Forderungen gestellt:

1. Für Jeden das Recht, wenn er will, nach jeder Reise abzumüssen. 2. Für Oberheizer 90, Heizer 80 und Kohlenzieher 70 Mark pro Monat. 3. Achtstündige Arbeitszeit, Ueberstunden 50 Pfennige. 4. Befreiung des Zwanges für die beim „Lloyd“ fahrenden Kollegen dessen Seemannskasse beizutreten. 5. Schaffung eines Schiedsgerichts, bestehend aus Vertretern der Arbeiter und Schiffleute, welche Streitigkeiten zwischen dem Kapitän und der Mannschaft zu regeln hätte. Die Verhandlungen, welche zwischen der Kommission und den Vertretern des „Norddeutschen Lloyd“ geführt wurden, schienen bis auf wenige geringfügige Punkte zu einem für beide Theile befriedigenden Resultate zu führen. Es wurden vor allem die Lohnfrage als geregelt angesehen: Punkt 1 wurde von uns vorläufig fallen gelassen. Punkt 3 war bewilligt. Punkt 4 war insofern geregelt, als ein Passus, der unsere Stellung zur Kasse mehr präzisirt, eingefügt werden sollte. Punkt 5 wurde ebenfalls fallen gelassen, da diese Bestimmung durch Reichsgesetz geregelt und eine Abänderung nur durch den Reichstag möglich ist. Der Vorsitzende der Filiale des Nordd. Lloyd, Herr Inspektor Leist, machte die Anerkennung der soweit gebiethenden Verhandlungen von Herrn Direktor Volkmann abhängig, glaubte aber sicher annehmen zu dürfen, daß gerade die Lohnfrage geregelt sei. Heute Morgen wurde nun die Kommission zu dem Inspektor Leist beschieden, um dort von diesem zu hören, daß alles von Herrn Volkmann bewilligt sei, bis auf die Lohnminderung. Hierzu konnte er sich nicht verstehen, wollte aber in Zukunft diese Frage nicht aus dem Auge lassen. Wir glauben das sehr gern. Alles wird bewilligt, nur das nicht, was den Herren etwas Geld kostet. Wir sind nunmehr entschlossen, den Streik mit aller Kraft zu führen und bitten um Unterstützung.

Da hier weder Heizer noch Kohlenzieher amüsieren, ist der Lloyd gezwungen, den Versuch aus den Kreisen der Handwerksburschen zu nehmen, Leuten, die, ehe sie nach Bremerhaven kamen, auf der Landstraße gelegen haben, Leuten ohne Kraft und Saft, welche den Anstrengungen in keiner Weise gewachsen sind. Die Jahreszeit ist soweit vorgeschritten, daß die nun hinzutretende Hitze die Anforderungen, welche an den Feuermann resp. Kohlenzieher gestellt werden, um das Doppelte erhöht. Und solchen Anstrengungen und erhöhten Anforderungen gegenüber erscheint uns

der Handwerksbursche nicht fähig. Derselbe wird vor den Feueren zusammenstinken und die Hülfe derjenigen, die infolge ungewohnter Anstrengungen erliegen oder den Tod in den Wellen suchen, wird jedenfalls bedeutend anwachsen. Wenn man nun bedenkt, daß kein einziger Dampfer mit kompletter Mannschaft bis jetzt in See gegangen ist und bedenkt, daß über die Hälfte aus unerfahrenen Leuten besteht, so muß doch sogar dem Laien die Unsicherheit einer solchen Expedition ins Auge fallen. Die Lohnkommission der Heizer und Kohlenzieher von Bremerhaven u. Umgegend. J. A. G. Gehr, Ankerstr. 17.

Mannheim, 2. Juni. Die Getreide-Arbeiter von Mannheim und Ludwigshafen haben die Arbeit niedergelegt, weil mehrere bei dem vor einigen Wochen wegen Lohnminderungen stattgehabten Streik betheiligte Vorkämpfer von den Oberarbeitern entlassen wurden.

Rom, 1. Juni. Wie die „Tribuna“ meldet, entstanden in Savona bei Genua infolge der Verhaftung zweier Hafenarbeiter ernste Unordnungen. Die Schutzleute schossen in die Luft. Aus der Menge wurden die Schiffe erwidert, vier Schiffe wurden angehalten, einer davon schwer verwundet. Das herbeigerufene Militär griff sodann mit dem Bajonett an und nahm viele Verhaftungen vor. Die Unruhen dauern noch fort.

Madrid, 1. Juni, Abends. In Bilbao wurde infolge der Unruhen der Lagerungsstand erklärt. — Der Minister des Innern, Silvela, erklärte in der Deputiertenkammer, daß in Bilbao die Ordnung wiederhergestellt sei.

London, 2. Juni. Der Schneidestreik in Ost-London dauert fort; es steht sogar eine Ausdehnung desselben bevor. Gestern kam es zwischen Polizei und Streikenden zu einem ernsten Konflikt.

Soziale Uebersicht.

Der Agitationskommission für die Frauenbewegung Berlin ist durch eine am 6. April d. J. stattgehabte Versammlung die Regelung der Angelegenheiten der Streik-Kontrollkommission des Berliner Arbeiterinnenvereins übertragen worden. Von der Agitationskommission sind Bücher und Beläge der Streik-Kontrollkommission gewissenhaft geprüft und für richtig befunden worden. Zu der Prüfung der Bücher und Beläge sind diejenigen Personen hinzugezogen worden, welche dieselben in Händen hatten.

In die Berliner Klempler. Infolge verschiedener an uns ergangener Anfragen machen wir wiederholt folgendes bekannt:

1. Nach Auflösung des Vereins der Klempler Berlins und Umgegend liquidirt die unterzeichnete Kommission über dessen Vermögen. Forderungen an den Verein oder Verpflichtungen gegen denselben sind bei der Kommission zu erledigen.

2. Restirende Vereinsbeiträge (bis zum Tage der Auflösung des Vereins) werden noch eingezogen, und zwar durch Kollegen Delcourt, Wienerstr. 23, sowie im „Verkehrsbüro der Klempler“, Mittelstr. 123.

3. Kollegen, welche zur Zeit der Auflösung des Vereins den Rechtschutz desselben in Anspruch genommen hatten, haben sich unter Vorzeigung ihrer Mitgliedskarte an den Arbeitsnachweis des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend zu wenden (Wasserstr. 7-8), wo ihnen nähere Auskunft erteilt wird.

4. Nachdrücklich verweisen wir darauf, daß Forderungen, welche nach dem 15. Juni d. J. geltend gemacht werden, keinerlei Berücksichtigung finden.

5. Alle Kollegen, welche noch im Besitze von Verwaltungsmaterial, Stempel u. des Vereins sind, werden hierdurch ersucht, dasselbe sofort an den Unterzeichneten oder Abends von 8-9 Uhr an Kollegen Danmann im Verkehrsbüro bei Stramm abzuliefern. Diejenigen, welche dieser Aufforderung nicht nachkommen, werden unmissverständlich bestraft. Ebenso diejenigen, welche ihren finanziellen Verpflichtungen nicht nachkommen.

6. Die „Metallarbeiter-Zeitung“ wird für das laufende Quartal für die Abonnenten noch im Verkehrsbüro Mittelstr. 123 ausgegeben. Die Liquidationskommission. J. A.: Hermann Weder, Stahlstraße 9, Neubau, r. 1.

Die Geschäftsleitung der Maurer Deutschlands (Hamburg) hat die Abrechnung des abgelaufenen Geschäftsjahres, vom 1. Mai 1890 bis 30. April 1891, zur Ausgabe gelangen lassen. Diefelbe gewährt einen schätzbaren Einblick in die deutsche Maurerbewegung. Was zunächst die Einnahmen betrifft, so belaufen sich dieselben — einschließlich eines vorhandenen Bestandes von 21 924,91 M. — auf 76 408,87 M. Davon entfielen allein auf Einnahmen für Streiks 65 274,53 M. Zu diesem Streikfonds haben 245 deutsche Städte beigetragen. Interessant ist nun eine kurze Zusammenstellung derjenigen Städte mit den höchstbeträglichsten Beiträgen, welche sie geleistet haben. An der Spitze dieser steht Leipzig mit 13 600 M., ihm folgt Berlin mit 12 200 M. (Maurer Leipzig mit 13 600 M., ihm folgt Berlin mit 12 200 M., (Maurer 9200 M., Pader 3000 M.), Hamburg mit 5000 M., Kiel mit 3521 M., Hannover mit 2530 M., Königsberg i. Pr. mit 1600 M., Halle a. S. mit 1450 M., Bremen mit 1432,65 M., Braunschweig mit 1300 M., Garburg mit 1200 M., Lübeck mit 1100 M., Magdeburg mit 1000 M., Neumünster mit 650 M., Stettin mit 618,50 M., Dresden mit 610,14 M. u. f. w. Selbst Schwerin i. M. hat 600 M. ausgebracht, in dessen Breslau nur mit — 50 M. verzeichnet steht. — Auf den Agitationsfonds entfallen von den Gesamteinnahmen 6559,84 M. Hieran beteiligten sich 88 deutsche Städte. An der Spitze steht wiederum Leipzig mit 1400 M., ihm folgt Berlin (Pader) mit 700 M., Stettin mit 250 M., Magdeburg mit 200 M., Lübeck mit 200 M., Schwerin i. M. mit 100 M., Neumünster mit 100 M., Oldenburg mit 100 M., Westermünde mit 100 M., die übrigen Städte unter 100 M. Außerdem sind dem Agitationsfonds 1000 M. als Ueberschuß vom „Grundstein“ zugeflossen. — Protokolle wurden angelegt in 118 deutschen Städten und zwar am meisten in Berlin (Maurer 2402, Pader 900), Hamburg 836, Leipzig 624, Halle a. S. 300, Altona 250, Kiel 200, Westermünde 200, Garburg 200, Magdeburg 174, Königsberg i. Pr. 150, Neumünster 120, Wilhelmshafen 125, Jülich 110, Samerlin i. M. 100, Wandsbeck 100, Thora 100, Braunschweig 150, Bremen 102, Lübeck 100, Götting 100, Hildesheim 100, Dresden 100, Chemnitz 100, Rassel 100, die übrigen Städte unter 100, Breslau 10. — Den (außer Bestand) vereinnahmten 76 408,87 M. standen 91 458,96 M. in Ausgabe gegenüber. Davon wurden vorausgab für Arbeitsstellungen an 16 Städte 51 992,30 M. und zwar an Stendal 500 M., Trier 400 M., Hildesheim 180 M., Frankfurt a. O. 500 M., Neuburg a. M. 30 M., Gardelegen 150 M., Calverde 100 M., Stettin 4000 M., Rostock 3300 M., Nordhausen 100 M., Wandsbeck 4100 M., Altona 5700 M., Hamburg 3112,30 M., Bergedorf 500 M., Holzminden 300 M., Greiz 300 M. Die Agitationsreisen erforderten 16 573,68 M., die Befolgung der Geschäftsleitung 5412,10 M., Projektskosten 5528,99 M. u. f. w. Der Kassendefizit belief sich am 30. April 1891 auf 6471,62 M.

Göppingen, 30. Mai. Die Streikkommision der Flaschner, Metallarbeiter u. schreibt uns: Im „Vorwärts“ befindet sich ein Artikel aus Göppingen, welcher geeignet ist, ganz falsche Vorstellungen von unserem Streik bei den auswärtigen Genossen zu erwecken. Unbegreiflich finden wir es, wie der Vertrauensmann der Klempler solch unrichtige Darstellungen von unserer Sache geben kann, da ihm doch klar und deutlich die Ursache des Kampfes von hier aus mitgeteilt worden ist. Es handelt sich bei uns in allererster Linie um die gesammte politische und gewerkschaftliche Organisation. Die Fabrikanten verlangen den

Austritt aus den Fachvereinen; das Gatten unseres sozialdemokratischen Organs, der „Schwab, Tagewacht“, ist ebenfalls verbotlich; es wird sogar Kontrolle über die Wirtschaftsgespräche der einzelnen Arbeiter ausgeübt. Die Forderungen, welche wir gestellt sind und schon früher zu verschiedenen Malen mit der größten Bereitwilligkeit zugehört worden, von Seiten des Flaschnermeisters, Wögel aber ist ihre Bewilligung stets wieder hintertrieben worden. Wenn in Hamburg oder Berlin solche Zumuthungen an die Arbeiter gestellt würden, wie es hier in Göppingen geschehen ist, so würden die dortigen Genossen ebenfalls nicht anders gehandelt haben. Oder sollen wir vielleicht ruhig dastehen, wenn das hiesige Unternehmertum mit einer mächigen Bersekeremuth sich gegen uns wendet? Nein und abermals nein. Die Generalkommission hat zwar auf die Angaben unseres Vertrauensmannes hin uns jegliche Unterstützung versagt. Dieser Beschluss kann uns jedoch nicht beirren, wir haben nur daraus die Lehre gezogen, daß die jetzige Form der Metallarbeiter-Organisation eine falsche ist und daß die landlichen Verhältnisse nicht von einer Zentralstelle aus richtig beurtheilt und gewürdigt werden können. In diesem Sinne werden wir auch auf dem Metallarbeiter-Kongress wirken. An unserem Streik sind Flaschner, Metallarbeiter, Schleifer und Wärtler betheilig.

Zum Schluß wollen wir noch bemerken, daß die Solidarität der norddeutschen Kollegen viel zu wünschen übrig läßt. Im Namen der Streikkommision: Hermann Diehl.

Einführung der Zwangs-Unfallversicherung in Großbritannien. Am 22. April d. J. wurde von mehreren englischen Abgeordneten im Unterhause eine Verwerks- Unfallversicherungs-Bill eingebracht, bei welcher es sich nach der „Arbeiter-Versorgung“ um den Versuch handelt, die Zwangs-Unfallversicherung zunächst in den Bergwerks-Distrikten einzuführen. Das genannte Organ spricht die Ansicht aus, daß diese Bill jedenfalls mit Rücksicht auf die „guten“ Resultate der deutschen Arbeiter-Versicherung eingebracht worden sei. Sollte das tatsächlich der Fall sein, so sind die englischen Gesetzgeber aber doch so vernünftig, ein Unfallgesetz schaffen zu wollen, welches zwar auch noch bedeutliche Lücken zeigt, dem deutschen gegenüber aber doch noch einigermaßen annehmbar erscheint. Nach Inkrafttreten des Gesetzes erhält die Witwe des Bergarbeiters, so lange sie sich nicht wieder verheirathet, wöchentlich 7,50 M. und für die Unterhaltung eines Kindes wird 2,50, für die des zweiten 2,00 und für die des dritten sowie aller übrigen 1,50 M. für die Woche gezahlt. Für Beerdigung werden nach Maßgabe verschiedener Umstände 100-400 Mark bewilligt werden. Arbeitsunfähige Bergleute erhalten 2,50-10 Mark die Woche, je nach der Schwere des Unfalls. Bergwerks-Eigentümer, ebenso wie Pächter, haben je 3 Pfennig auf die Tonne des gefördertem Materials zu den Versicherungsfonds beizutragen, während die Arbeiter je nach der Art ihrer Beschäftigung wöchentlich 8 bis 16 Pfennige beitragen sollen.

Versammlungen.

In der Generalversammlung des Vereins der Einseher (Hilfsler) Berlins am 21. Mai kam der Vorstandsantrag: Errichtung einer Filiale des Arbeitsnachweises im Westen Berlins, als erster Punkt der Tagesordnung zur Verhandlung. Der Referent, Kollege Niemann, führte in sachgemäßer Weise die Vortheile vor, welche daraus für jeden Einzelnen sowohl, als auch für die Gesamtheit erwachsen würden; namentlich sollte die Zusammengehörigkeit der Kollegen einen festeren Halt dadurch bekommen. In der Diskussion spricht Kollege Schönborg gegen den Antrag. Kollege Schmidt ist für eine Verlegung des Arbeitsnachweises nach dem Centrum der Stadt. Kollege Schmidt (Moabit) ist mit dem Referenten einverstanden und zwar deshalb, weil durch Errichtung einer Filiale im Westen ein gewissermaßen moralischer Druck auf den neu gebildeten West-Berein der Einseher ausgeübt werden könnte, da derselbe sich die Aufgabe gestellt habe, dem alten Verein der Einseher Abbruch zu thun zur Vergrößerung des neuen. Es geht ein Antrag vom Kollegen Schönborg ein, den Arbeitsnachweis nach dem Vereinslokal zu verlegen, dazu eine Kontrollkommission zu wählen und die Errichtung von Telefonanschlüssen herbeizuführen. Kollege Schubert spricht sehr warm für den Vorstandsantrag. Kollege Schredenberg wünscht eine Vereinigung mit dem neuen Verein und ist gegen eine Arbeitsnachweis-Kommission. Er will, daß jedes Vereinsmitglied der Reihenfolge nach zur Kontrolle des Arbeitsnachweises herangezogen werde. Der Vorsitzende, Kollege Schmidt, spricht sehr eindringlich für die Verschmelzung der beiden bestehenden Vereine der Einseher, weil nur durch einheitliche Organisation etwas Zweckdienliches geschaffen werden kann. Der als Gast anwesende Herr Oberhan, Mitglied des neuen Westvereins der Einseher, vertheidigte das Verhalten des neuen Vereins mit zweifelhaftem Erfolg. Kollege Niemann tadelt das Verhalten des Herrn Oberhan, der einen sonderbaren Gebrauch von seinem Sprechrecht machte und ansatz sich entgegenkommend zu zeigen, dem Vorsitzenden seine Leitung der Versammlung vorwerfe. Es wird hierauf der Antrag: den Arbeitsnachweis nach dem Vereinslokal zu verlegen und dazu eine Kontrollkommission zu wählen, angenommen. Der Antrag auf Telefonanschluss wird abgelehnt.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen nimmt Kollege Schmidt, nachdem er den Vorh. abgetreten hat, zum zweiten Punkt der Tagesordnung, „Verschiedenes“, das Wort. In scharfer Weise hält derselbe den Kollegen ihr ungebührliches Verhalten in der letzten Versammlung vor. Es sei doch höchst sonderbar, daß Kollegen wie Schönborg, Hüfner u. A. an einem Tage, wie es der 8. Mai war, den Punkt der Tagesordnung: Waifeier von der Tagesordnung abzusetzen vermochten. Redner versucht nun in Etwas das Versäumnis nachzuholen, indem er die Grundzüge des geplanten Vortrages zur Waifeier der Versammlung mittheilen wollte. Er wurde jedoch mitten in seiner Rede durch Fragen von den vorerwähnten wie auch von anderen Kollegen, darunter Herrn Schredenberg, unterbrochen und gestört, daß er seine Rede abbrach und zugleich sein Amt als erster Vorsitzender des Vereins niederlegte. Kollege Schmidt (Moabit) kritisierte das Verhalten der Mitglieder dem Vorsitzenden gegenüber in scharfer Weise und wurde vom Kollegen Niemann lebhaft unterstützt, welcher sich noch namentlich gegen das Verhalten des Herrn Schredenberg wendet. Der Redner erklärt, es sei ihm unmöglich noch ferner mit den Kollegen gemeinsam weiter zu arbeiten und legt sein Amt als Vorstandsmitglied nieder. Auch Kollege Krohne, der Vertreter des Arbeitsnachweises, legte sein Amt als zweiter Kassierer nieder. Nachdem die aus ihren Ämtern scheidenden Kollegen auf Wunsch zugelassen hatten, bis zur Neuwahl nach zu verbleiben, wurde nach Erledigung einer Frage die Versammlung unter großer Unruhe geschlossen.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Zink-Ächter und Stürzer Berlins und Umgegend hielt seine General-Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Vortrag des Genossen Pegel über die Frage: Wie sollen wir uns zur Neuorganisation der Metallarbeiter? 2. Diskussion. 3. Kassenericht. 4. Auflösung des Vereins. Nach dem mit reichem Beifall belobten Vortrage wurde folgende Resolution angenommen: Die Versammlung erklärt sich mit dem Referenten einverstanden; die Versammlung erkennt, daß, da wir nur ein Glied in der Kette der Metallarbeiter sind, unsere Vereinigung nicht den veränderten Verhältnissen entsprechend gewesen ist und beschließt, den bisher bestehenden Verein der Zink-Ächter und Stürzer aufzuheben und Mann für Mann dem Verbands aller in der Metall-Industrie beschäftigten Arbeiter beizutreten. Hierauf wurden die Kollegen Götter, Volkmann und Neß zu Liquidations-Kommission ge-

Versammlungen.

Der Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter
Berlin und Umgegend hielt am 28. Mai im Ferialpalast eine große Versammlung ab. Der mächtige Saal war bis auf die letzten Winkel dicht überfüllt. Auf der Tagesordnung stand die neue Gewerbeordnung. Der Reichstags-Abgeordnete August Bebel hielt das Referat. Der Ideengang seiner zweistündigen Rede war, in knappen Zügen wiedergegeben, ungefähr folgender:
Unsere Gegner suchen die Thatsache, daß allein die sozialdemokratische Fraktion gegen das Gesetz gestimmt, für ihre Zwecke jetzt anzubeden. Wir müssen uns also vertheidigen. Sehen wir uns einmal die neue Gewerbeordnung etwas genauer an. Da ist vor allen Dingen der Paragraph der „Sonntagsruhe“, der von Ausnahmepunkten geradezu froht. In „Nothfällen“ heißt es, darf Sonntags gearbeitet werden. Was nennt man denn „Nothfall“? Schließlich kann jede dringende Arbeit also betitelt werden. Dadurch allein schon wird das Sonntagsgesetz einfach illusorisch gemacht. Zudem brauchen die Unternehmer den „Nothfall“ vorher nicht einmal nachzuweisen, sie sind nur verpflichtet, nachher und selbst dann bloß auf „Verlangen“ der Behörde ein Verzeichnis der einzelnen Fälle zur Prüfung einzureichen. Aber hat die untere Verwaltungsbehörde, welche die Kontrolle besitzt, überhaupt eine Ahnung von den unzähligen, verschiedenen Gewerbebetrieben, um eine Prüfung vornehmen zu können? Nein! Sie muß also einfach auf Treu und Glauben die Meinung der Unternehmer hinnehmen, mit denen sie sowieso durch alle möglichen sozialen wie gesellschaftlichen Interessen verbunden ist. Stets werden daher bei Prüfung der „Nothfälle“ persönliche Rücksichten vorherzuziehen, vorausgesetzt, daß überhaupt Prüfungen stattfinden; denn die Behörde ist ja nicht zu solchen verpflichtet. Außerdem darf, abgesehen von der unteren, auch die obere Verwaltungsbehörde Sonntagsarbeit gestatten, dann noch der Bundesrath und schließlich können selbst durch einfache kaiserliche Verordnungen Betriebe von der Sonntagsruhe „befreit“ werden. Wo bleibt da das Prinzip! Dieselbe Umgehung der eigentlichen Idee bemerken wir bei der „Kinderordnung“. Wir rufen: „Fort mit der Kinderarbeit! Kinder gehören nicht in die dumpfige, staubige Fabrik, auf der Schulbank sollen sie sitzen und nachher auf dem Spielplatz sich tummeln. Allein schon im Interesse der künftigen Generationen, der Erhaltung der Rasse muß die Jugend geschont werden. Noch 60 Jahre dieses Ausbeutungssystems und das Menschengeschlecht ist bis in das Mark verkauft. Aber die Herren waren anderer Meinung.

Das mit Sozialreformen sich brüstende Deutschland läßt zarte, zwölfjährige Kinder in dem Geleise und dem Qualm der Fabrik arbeiten. Wohl ist die Ausdehnung der Kinderarbeit gesetzlich beschränkt, doch selbst da wird mit zweierlei Maß gemessen. In der Hausindustrie darf der Vater die eigenen Kinder arbeiten lassen, so viel Stunden es ihm eben beliebt, und es wird ihm vorausichtlich künftig sehr viele Stunden belieben, da er hierdurch den Sieg über den mit ihm konkurrierenden, kinderlosen Nachbar davontreibt, der in der maßlosen Ausnützung fremder Kinder durch das Gesetz wenigstens etwas gebindert ist. Was nun den Maximal-Arbeitstag angeht, so ist die internationale Arbeiterwelt längst unter sich einig, daß dieser der Grund- und Stein aller Arbeiterschutz-Gesetzgebung überhaupt ist. Selbst dem Unternehmer würde er in außerordentlichem Maße zu Statten kommen; denn je länger die Arbeitszeit, um so besser die Arbeit, d. h. die Produkte. Die kleine Schweiz verspricht, daß, wenn das große Deutschland nur mit dem Elfsundentag vorantreibe, sie mit dem Jehnundentag nachfolgen würde. Ein Gebot der Ehre also wäre es für das Reich gewesen, diesem Ruf Folge zu leisten. Uebrigens werden die Arbeiter und insbesondere die katholischen nicht eben bleiben, daß namentlich durch die klägliche, regierungsbürokratische Faltung des Zentrums die Erreichung des Elfsundentages gescheitert ist. Das Zentrum hat wieder bewiesen, daß Thron, Altar und Geldsack eine Dreieinigkeit bilden im Kampf gegen den sich empörenden Arbeiter. (Stürmisches Bravo.) Im Einklang damit steht auch der unwürdige Paragraph von der Einbehaltung eines Wochenlohnes zur Sicherung bei einem etwaigen Kontraktbruch. Durch diese Kautelen wird ein Kapital in den Händen des Unternehmers angesammelt, das bei einer Pleite einfach verloren geht. Eigentlich hat der Arbeiter, der doch Arbeit vorwärts liefert, Kautelen zu verlangen. Bei den vielen, schwindelhaften Arbeitgebern wäre diese Forderung nicht mehr als berechtigt. Durch das Umgekehrte aber hat der Reichstag ein Ausnahmengesetz geschaffen, wie es für den Arbeiter erniedrigender und entehrender nicht gedacht werden kann. Das einzige Mittel, das die schmachvolle Ungleichheit zwischen Arbeit und Unternehmertum erfolgreich zu protektieren, ist die Organisation, die Koalition! Das wissen unsere Feinde sehr gut, darum auch der Reichstags § 155! Das Koalitionsrecht, das Naturrecht des Staatsbürgers sucht man uns noch mehr zu verkümmern, als es schon war. Heißt das Verwirklichung des gleichen Rechtes für Alle, wenn man Unternehmensverbände mit ihren schwarzen Listen besteuert läßt und bei Arbeiterverbänden mit dem Staatsanwalt droht? Statt der ersehnten Besserung ist durch den Paragraphen Verschlimmerung, Verschärfung eingetreten. Aus all diesen Gründen stimmte die gesamte Fraktion gegen das Gesetz. Sie, die Arbeiter, Sie, die Hauptinteressenten, werden über die Haltung der Fraktion Ihre Verdikt fällen.

Unter lebhaftem Beifall schloß der Redner. Von einer Diskussion sah man ab. Nach einstimmiger Annahme einer Resolution, welche das vollste Einverständnis mit der Haltung der Fraktion erklärt, ward die Versammlung unter einem dreifachen Hoch auf den Verband der Metallarbeiter geschlossen.

Die Stellmacher Berlin und Umgegend hielten am 26. v. Mts. eine Versammlung ab. Die gutbesuchte Versammlung hatte auf ihrer Tagesordnung zunächst die Berichterstattung des Gesellenauschusses über die mit den Innungsmehrern stattgehabten Verhandlungen. Kollege Häring, Mitglied des Gesellen-Ausschusses, berichtete, daß der Ausschuss an die Innung der Stellmachermeister den Antrag gestellt habe, den § 35 des Innungstatuts so zu ändern, daß jeder Stellmachermeister wählbar sei. Hierzu sei von den Herrn Meistern als Antwort gegeben, daß sie nach einer Anfrage bei der Behörde den Bescheid bekommen hätten, daß diese Änderung nicht statthaft sei, und die Meister hätten auch gemeint, diejenigen Gesellen, die nicht bei Innungsmehrern arbeiten, taugten nicht im Gesellenauschuss, doch versprochen die Herren Meister, daß sie den betreffenden Paragraphen vielleicht doch noch ändern würden, aber wir sollten noch etwas warten. Im Uebrigen äußerten die Meister den Wunsch, daß der Gesellen-Ausschuss gleich auf zwei Jahre gewählt werde. Es sprachen sich mehrere Kollegen dahin aus, daß die Meister wahrscheinlich nur den Bescheid von der Behörde haben wollten und der gute Rath der Herren Meister, wir sollen eine Petition an den Reichstag senden, wurde mit Beifall aufgenommen. Es wurde ausgeführt, die Meister seien überhaupt nicht im Stande, die Lehrlinge, welche sie zu Gesellen seien überhaupt nicht im Stande, die Lehrlinge, welche sie zu Gesellen machen, alle allein zu beschäftigen, wir können Sie dann jagen, daß Gesellen, welche nicht bei Innungsmehrern arbeiten, nicht wählbar

sind? Sind doch auch in der Innung Herren, die daselbst Meister genannt werden und doch keine blasse Ahnung vom praktischen Arbeiten haben, wie z. B. die meisten Herren Wagenfabrikanten, aber die Meister hätten nur Angst, daß sie einen Gesellenauschuss bekommen würden, der Hand und Fuß hat und nicht aus von ihnen selbst präparierten Gefellen besteht. Uebrigens sei den Herren Meistern der Gesellenauschuss nur so eine Art Ausschüßel, weil ohne Gesellenauschuss keine Innung bestehen darf. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:
Die Versammlung der Stellmacher Berlin und Umgegend fordert den Gesellenauschuss auf, die Interessen der Stellmacher-Gesellen einseitig und energisch zu vertreten und wenn sie nichts erreichen können, ihr Amt niederzulegen.“ Hierzu wurde der Gesellenauschuss beauftragt, mit aller Energie zu fordern, daß das Herbergsverweilen geändert werde, dahin gehend, daß unsere Kollegen hier in Berlin auch eine menschenwürdige Aufnahme finden, wie dieses in sehr vielen Fällen nicht stattfindet und ganz besonders dahin zu streben, daß der Arbeitsnachweis in unsere Hände kommt.

Kollege Singer erklärte hierauf den Zweck und den Werth der Streik-Kontrollkommission und forderte auf, wieder einen Kollegen zu wählen, der uns vertritt, worauf Kollege Bräun einstimmig gewählt wurde. Es wurde aufgefodert, den Gewerkschafts-Fonds kräftig zu unterstützen, damit auch wir im Nothfalle ein Anrecht daran haben. Kollege Zachau machte bekannt, daß er bisher für 220 M. Marken für den Markfonds umgekehrt habe, welche aber leider nicht an Stellmacher allein verkauft seien. Ferner wurde bedauert, daß der aus 19 Mitgliedern bestehende Gesellenklub der Stellmacher Berlin — welcher so eine Art Ueberbleibsel aus längst vergangenen Zeiten sei — viel mehr den allgemeinen Fortschritt hindere als fördere; alle Versuche, die Mitglieder dieses Klubs in Freundschaft und Güte zu unserem Fachverein heranzuziehen, scheiterten an ihren harten Köpfen. Es wurde der Beschluß gefaßt, dieses Häuflein unberührt liegen zu lassen. Die Lokalkommission wurde aufgefordert, in nächster öffentlicher Versammlung abzurechnen. Weiter wurde bekannt gemacht, daß am 18. Juni ein Sommernachts-Ball, veranstaltet vom Fachverein der Stellmacher Berlin, im Estium, Landberger Allee 39—41, stattfinden, und der Antrag, mit dessen Ueberchuss einen Unterhaltungs-Fonds zu gründen, wurde angenommen. Bekannt gemacht wurde, daß die nächste Fachvereins-Versammlung ausnahmsweise am Sonntag, den 7. Juni, Morgens 9 1/2 Uhr, stattfinden, in welcher Herr Pöps als Referent einen Vortrag halten würde. Mit einem mit Begeisterung aufgenommenen Hoch auf die fortschreitende Bewegung der Stellmacher schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Eine öffentliche Versammlung sämtlicher Glaser-Gehilfen von Berlin und Umgegend fand am Sonnabend, den 30. Mai, unter dem Vorsitz des Kollegen Stampehl statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Vertrauensmannes. 4. Ausgabe der Karten und Marken zum Agitations- und Unterhaltungs-Fonds. 5. Verschiedenes.

Vor der Versammlung in die Tagesordnung eintrat, kritisierte der Vorsitzende das sonderbare Verhalten der Firma Mand und Hartmann gegenüber der Berliner Arbeitererschaft. Auf dem Manuskript, welches der Firma zum Abdrucken übergeben sei, habe vermerkt gestanden, daß die Kollegen der Fabrik von Spinn und Komp. zu der stattfindenden Versammlung ganz besonders eingeladen seien. Dieser Ruf sei von Mand und Hartmann gestrichelt worden mit dem Vorbehalt, es sei durch Zuschrift vom Hgl. Polizeipräsidenten das Verbot ergangen, die Namen einzelner Firmen auf derartigen Anzeigen an den Säulen bekannt zu geben. Kollege Stampehl setzte großen Zweifel in die Richtigkeit dieser Behauptung und theilte mit, daß er in dieser Sache nähere Erkundigungen einziehen werde.

Nunmehr wurde zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Die Sozialdemokratie und ihre Gegner“ Herr Reichling das Wort erteilt, der sich seiner Aufgabe in 1 1/2 stündigen Vortrage entledigte. Trotzdem gerade unter den Gläsern noch sehr viele indifferente und sogar direkte Gegner der Sozialdemokratie sind, wagte es keiner, dem Referenten in der Diskussion zu widersprechen. Kollege Stampehl dagegen schloß sich den Ausführungen Reichlings an und legte es den Kollegen dringend ans Herz, in die allgemeine moderne Arbeiterbewegung thätig einzutreten. Hierzu machte Kollege Stampehl bekannt, daß er als Vertrauensmann der Glaser-Gewerkschaft niederzulegen. Die Versammlung nahm eine Neuwahl vor, aus welcher Kollege Warmer als gewählt hervorging.

Ferner wurden die Karten und Marken zum Agitations- und Unterhaltungs-Fonds ausgegeben. Verschiedene Redner betonten, daß diese Karten und Marken von Seiten der Glaser mehr gekauft werden müßten; denn die Agitation erfordere viel Geld.

Unter „Verschiedenem“ wurde ein scharfer Tadel gegen diejenigen Kollegen ausgesprochen, die unter Umgehung des Arbeitsnachweises bei den einzelnen Fabriken um Arbeit vorsprächen; speziell die Kollegen aus der Werkstatt von Spinn u. Co. schlugen dieses Verfahren fast stets ein. Hierzu wurde von lehrteren die Erklärung abgegeben, der Leiter des betreffenden Geschäftes habe versprochen, in Zukunft Arbeitskräfte nur noch von dem Arbeitsnachweis der Glaserorganisation zu beziehen. Mit dieser Erklärung gaben sich die Versammelten vorläufig zufrieden.

Kollege Weisbach berichtete in seiner Eigenschaft als Delegirter zur Berliner Streik-Kontrollkommission über die letzten Verhandlungen dieses Instituts und forderte auf, sich an den Sammlungen und dem Verlauf der Marken recht lebhaft zu beteiligen.

Nachdem zum Schluß noch eine Debatte zwischen dem Zahlstellenbeamten des Verbandes, Kollegen Bah und dem Kollegen Stampehl betreffend den Ausbau des Verbandes stattgefunden hatte, wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die internationale, revolutionäre Sozialdemokratie geschlossen.

Eine öffentliche Versammlung der Weisgerber und Verusgenossen fand am 30. Mai unter dem Vorsitz des Herrn Daxerland statt. Als erster Punkt stand auf der Tagesordnung ein Vortrag des Herrn Mohr über „die Klasse der Geächteten“. Der Redner meinte, man könne in der heutigen Gesellschaft von einer Klasse der „Geächteten“ reden. Es wären hierzu Verbrecher aller Art zu rechnen, die in ihrer Gesamtheit, weil sie ein besonderes Gedankenleben besitzen, das durch ihre von dem andern Theil der Gesellschaft „geächtete“ gesellschaftliche Rolle bedingt wird, als besondere Klasse aufzufassen seien; als die der „Geächteten“. Redner geht dann auf die Ursachen des heut so weit verbreiteten Verbrechertums ein und zeigt, daß diese in letzter Linie sozialer Natur sind, sie in den gesellschaftlichen Verhältnissen ihre Begründung haben. In vielen Rechtspflege, welche sich einfach streng an den Buchstaben der Gesetzesbücher hält, ohne besonders in eigenartigen Rechtsstreitfällen zu berücksichtigen. Außerdem bilde die verschiedenartige subjektive Auffassung der Richter, die noch durch ihre Erziehung außerordentlich beeinflusst ist, ein großes Hemmnis für objektive Urtheilssprechung. Dies könne man konstatieren, ohne dem Richterlande oder einzelnen Richtern an sich schmerzende Vorwürfe zu machen; die angezogenen Verhältnisse

seien eben heute nicht gut anders denkbar, da sie bloß ein Ausfluß der heutigen gesellschaftlichen Zustände im Allgemeinen sind. Das eigenartige Verbrechertum unserer Zeit, das durch die mangelhaften sozialen Zustände immer größer wird, sowie die damit in Zusammenhang sich befindende Rechtspflege mit ihren Schwächen können nur beseitigt werden durch eine Beseitigung ihrer Vorbedingen, der Ursachen selbst. Das heißt die heutige Gesellschaft muß einer anderen Platz machen, der sozialistischen, womit diese Bedingungen aus der Welt geschafft sind. (Beifall.) Nach dem Vortrage erstattete Herr Strauß den Bericht für die Revisionskommission. Danach betragen die Einnahmen vom 8. Dezember 1890 bis zum 11. April 1891 inklusive eines Bestandes von 4,01 M., der am 7. Dezember 1890 vorhanden war, 500,26 M.; die Ausgaben betragen während dieser Zeit 457,60 M. Es blieb also am 25. April 1891 ein Bestand von 102,66 M. Von den 670 M. Schulden sind 270 M. gedeckt, so daß noch 400 M. zu decken sind. Nach dem hierauf erstatteten Bericht über Einnahmen und Ausgaben von der Meißner betragen erstere 198,40 M., letztere 170 M.; es bleiben somit 28,40 M. Ueberchuss. Der Ueberchuss, zu dem noch 20 M. kommen, die Herr Ansel für die Dekorationen vom Meißner (rote Fahnen etc.), welche in seinem Lokale noch prangen und dort bleiben sollen, zahlen will, wurde der Parteikasse überwiesen. Der tagesordnungsmäßige Bericht über die Abrechnung vom Maskenball konnte nicht gegeben werden, da Herr Scheibe, welcher dies thun sollte, nicht erschienen war. Das Verhalten Scheibe's wurde von vielen Rednern, mit Ausnahme von zweien, auf das Entschiedenste verurtheilt. Sie gaben ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß Scheibe mit der Abrechnung vom Maskenball, an welchem die Allgemeinheit der Kollegen theilhaftig war, vor das Forum der Öffentlichkeit hätte treten müssen. Diese hatte über den Verbleib des Ueberchusses zu bestimmen gehabt, und nicht Scheibe in Gemeinschaft mit einigen Kollegen, die das Geld einfach der Meißnerkasse überwiesen haben. Der Ort des Verbleibes werde nicht beanstandet, aber das undemokratische Handeln Scheibe's. Folgende Resolution wurde nach langer gegenseitiger Aussprache angenommen (gegen zwei Stimmen): „Die Versammlung erachtet die Handlungsweise des Kollegen Scheibe in Sachen des Maskenballgeldes als eine undemokratische und diktatorische, da er zu Gunsten einer kleinen Interessengruppe die Allgemeinheit geschädigt und er sich verpflichtet hat, heute Rechnung zu legen, welcher Verpflichtung er sich durch sein Ausbleiben entzogen hat. Die Versammlung spricht ihm darum ihr Mißtrauen aus, und verpflichtet sich die Anwesenden, so undemokratisch handelnden Leuten keinen derartigen Vertrauensvoten mehr zu übertragen, weil durch solche Handlungsweise die Gerechtigkeit verletzt wird.“ — Es wurde dann noch beschlossen, auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen: Neuwahl des Vertrauensmannes und Festsetzung der Entschädigung für denselben.

Eine öffentliche Versammlung der Zivil-Berufsmüller Berlin, einberufen von der neugegründeten „Freien Vereinigung der Zivil-Berufsmüller“, fand am 26. Mai statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt der Stadterordnete Genosse Fritz Jubel einen Vortrag über das Thema: „Was haben wir von unserer Organisation zu erwarten?“ Der Redner führte aus, daß sich schon in früheren Jahren wie alle Gewerbe, so auch die Müller organisiert hätten. Schon damals seien die Müller von der richtigen Ansicht ausgegangen, daß es mit der Kunst so ziemlich vorbei sei; man habe erkannt, daß es mit der freien Kunst auch nicht allein gehen sei, wenn man dabei dastehen müsse. Auch heute fehlten die Zivil-Berufsmüller das unabwiesbare Bedürfnis, sich zu organisieren und hätten deshalb eine „Freie Vereinigung“ gegründet, trotzdem bereits ein Bund der Zivil-Berufsmüller in Berlin bestanden habe. Der Bund habe aber sein Versprechen nicht gehalten; er habe seine Mitglieder nicht zu schützen vermocht, außerdem sei es auch nur den wenigsten Müllern mit Rücksicht auf die hohen Eintritts- und Beitragspreise möglich, dem Bund beizutreten. Deshalb habe sich die „Freie Vereinigung“ gebildet, der jeder Berliner Müller beitreten könne, und es wäre sehr zu wünschen, daß die Mitgliederzahl von Tag zu Tag wachse, zumal der neu errichtete Stellennachweis (Müllerbüchse) den Mitgliedern alle möglichen Vortheile gewähre. (Lebhafter Beifall.)

In der Diskussion fragte ein Herr Broch, wie es denn gehalten werden solle, wenn von der Arbeitererschaft ein Lokal gesperrt sei? Die Mitglieder der Freien Vereinigung hätten sich doch mit den Arbeitern solidarisch erklärt und müßten demgemäß doch auch jeden verhängten Boykott respektieren. Außerdem würden gerade in dem Stadtkomitee Mitglieder, wo bekanntermaßen außerordentlich viele Arbeiter verkehren, die Müller sehr schlecht befehlen.

Der Vorsitzende Herr Schonerer widerlegte die letzte Aeußerung, während Reichling den ersten Einwand zurückwies.

Herr Krüger (Mitglied des Bundes) sagt, daß der Bund das Eintrittsgeld auf 5 M. ermäßigt habe, jedoch befehlen ihn zahlreiche Jurate, daß auch dieser Betrag noch zu hoch gegriffen sei.

Genosse Jubel bemerkte betreffs der Verhältnisse im Stadtkomitee-Etablissement, daß sich hierbei gerade die Schlaflosigkeit und Nachlosigkeit des Bundes zeige; es sei die Pflicht des Bundes gewesen, hier Hand ans Werk zu legen und bessere Verhältnisse zu schaffen. Wenn ferner gesagt sei, der „Bund“ würde trotz Gründung der „Freien Vereinigung“ weiter arbeiten, wenn er auch nicht auf sozialdemokratischem Boden stehe, so wäre das eigentlich selbstverständlich, da der Bund andererseits überhaupt nicht mehr existenzberechtigt sein würde. Das Alter einer Vereinigung mag die Erfolge nicht; ein junger, von einem frischen Geiste durchwehter Verein könne mehr leisten, als ein alter, im Absterben begriffener.

Unter „Verschiedenem“ erklärte der zweite Vorsitzende der „Freien Vereinigung“, daß er niemals Beamter gewesen sei, nicht auch keine Pension beziehen könne; der Kassier, Herr Jassien, sagte, er sei pensionirter Beamter und beziehe jährlich 441 M. Pension, so daß er gezwungen sei, sich einen Nebenverdienst zu verschaffen.

Nachdem dann noch einige Vereinsangelegenheiten erörtert waren, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den jungen Verein geschlossen.

In der am 25. Mai stattgefundenen Versammlung der Vereinigung der Arbeiter und Arbeiterinnen der Kartonbranche beschäftigte man sich mit der am 11. Mai in der öffentlichen Versammlung der in Buchbindereien und verwandten Betrieben beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter angenommenen Resolution, welche die Schaffung einer sämtlichen Branchen umfassenden Organisation befragt. Genosse Beyer hatte es übernommen, ein einleitendes Referat zu halten, in welchem er bemerkte, daß die bestehenden keinen Organisationen nicht im Stande sind, irgend einen Erfolg den Kapitalisten gegenüber zu erringen, zumal die Kapitalisten sich zu großen Organisationen vereinigen, wie z. B. die Metallindustriellen, ist erwiesen und es ist daher notwendig, daß sich die Arbeitererschaft ebenfalls im Großen organisiert. Den Anstoß zur in Rede stehenden Resolution gab die geplante Sonderver-

einigung für Arbeiterinnen des Buchbindergewerbes. Das hätte die Kräfte noch mehr zersplittert. Um dem vorzubeugen, beauftragte man die Kommission der Album- und Kartonarbeiter die einleitenden Schritte zur Gründung einer größeren Organisation zu thun, und ersuchte zum Schluß eine demnächst stattfindende Agitationsversammlung rege zu besuchen. — In der Diskussion sprachen die Redner im Sinne des Referenten. Folgende Resolution wurde angenommen: Die Versammlung der Vereinigung der Arbeiterinnen und Arbeiter der Kartonbranche, erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich — da sie nur in einer alle verwandten Branchen umfassenden Organisation eine Vervollständigung ihrer Lage erblickt, der demnächst zu bildenden lokalen Zentralisation sich anzuschließen. Unter „Verschiedenem“ ersuchte Kollege Hensfelder schleunigst mit den Waidons abzurechnen. Die Kollegen Jahnke und Schwarzburger ersuchten die Schriftführer, die Versammlungsberichte früher einzusenden. Albumarbeiter Sturme machte auf das am 18. Juni in der Unionbrauerei stattfindende Vergnügen, Kollege Dreuss auf das am 27. Juni in Aussicht genommene gemeinsame gefellige Beisammensein aufmerksam. Nächste Versammlung am 10. Juni bei Säger.

Der Fachverein der Tischler (Nord) hielt am 25. Mai eine ziemlich gut besuchte Versammlung ab. Da bei Eröffnung der Versammlung Genosse Thierbach nicht anwesend war, sondern sein Späterescheinen telegraphisch gemeldet hatte, wurden die folgenden Punkte zuerst erledigt und zwar zunächst Punkt 4. Kollege Weiß (Oberbergerstr. 4 wohnhaft) wurde mit großer Majorität zum Bevollmächtigten vorgeschlagen und übernahm provisorisch sein Amt.

Die Kollegen aus 2 Werkstätten waren ganz besonders eingeladen, aber leider nicht erschienen; seitens der Werkstatt-Kontrollkommission wurde daselbst die traurige Ueberstunden-Arbeit konstatiert und wurde aufgefordert, energischer als bisher gegen dieselbe vorzugehen. Zu „Verschiedenem“ wurde der allgemeine Wunsch erhoben, mehr Versammlungen abzuhalten und sie zeitiger zu eröffnen; es werden daher für die Zukunft die Versammlungen zur festgesetzten Zeit eröffnet werden. Inzwischen war Kollege Thierbach erschienen und hielt nun seinen Vortrag. Da die Zeit vorgeschritten war, wurde von der Diskussion Abstand genommen. Folgender Zwischenfall soll nicht unerwähnt bleiben. Als der Referent auf den Verband der Eisen- und Metallindustriellen zu sprechen kam und die Annahme der 3000 Mark seitens des Polizeipräsidenten erwähnte, fielen einige Witze aus der Versammlung. Da erhob sich der überwachende Herr Lieutenant und machte den Vorlesenden darauf aufmerksam, zu beachten, daß diejenigen, welche Zwischenrufe machen wollen, sich vorher zum Worte melden. Kollege Franz antwortete natürlich zum Schluß der Versammlung dem Herrn Lieutenant und verwies denselben auf das Vereinsgesetz. Hierauf schloß die Versammlung mit brausendem Hoch.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend. Am 24. Mai tagte die 6. Ausschusssitzung des Arbeiter-Sängerbundes, um folgende Tagesordnung zu erledigen: 1. Aufnahme von Vereinen. 2. Abrechnung vom Viederabend. 3. Wahl des Bundesdirigenten. 4. Verschiedenes. Zur Aufnahme haben sich 8 Vereine gemeldet, von denen 7 angenommen wurden, ein Verein war nicht vertreten. Der Arbeiter-Sängerbund zählt jetzt 104 Vereine. Die Abrechnung vom Viederabend ergab eine Einnahme von 540,00 M. und eine Ausgabe von 157,78 M., bleibt sonach ein Ueberschuß von 382,22 M. Dieser Betrag ist der Bundeskasse überwiesen. Von der direkten Wahl des Bundesdirigenten wurde in dieser Ausschusssitzung noch abgesehen, da noch mehrere Kandidaten auf der Liste verzeichnet sind. Der Ausschuß beschloß darauf hin, von diesen Verzeichnissen zwei zur Wahl zu stellen, welche die nächste Uebungswoche leiten. Die Wahl fiel auf die Herren Goutau und Hübner. — Da trotz des Beschlusses drei Vereine mit anderen Vereinen, welche nicht zum Arbeiter-Sängerbund gehören, konzertieren, erhielten dieselben vom Ausschuß einen Verweis und der Beschluß wurde gefaßt, sie, sofern sie es wiederholen, vom Bunde anzuschließen. Ein Antrag, welcher besagt, bei Konzerten u. s. w., welche von den Vereinen arrangiert werden, möglichst nur Verkaufsmuster zu verwenden, fand einstimmige Annahme.

In Betreff des Gesangsvereins „Deutsche Schleiße“, welcher als Antwort auf ein Eingefandt des Vorstandes vom Arbeiter-Sängerbund sich nicht entblödete, die Vereine des Arbeiter-Sängerbundes indirekt zu benutzigen, indem er ihnen politische Motive unterschiebt, sei hiermit endgültig berichtet, daß der Arbeiter-Sängerbund respektive dessen Vereine ebensowenig Politik treiben, wie der Märkische Sängerbund, welcher in patriotischen Straßengesängen Großartiges leistet; die Deutsche Schleiße gehört zum Märkischen Sängerbund. Dieses Eingefandt war eine Antwort auf die vielen Anfragen, welche an obigen Vorstand gerichtet waren. Die weit diese auf Wahrheit beruht, ist vorläufig den Anfragern zu überlassen. Daß die Vereine des Arbeiter-Sängerbundes sich zur Aufgabe machen, in vielleicht noch höherem Maßstabe den Gesang zu pflegen, als alle andern Vereinigungen, das haben sie bereits bewiesen und werden es noch oftmals beweisen, wenn auch die Lieder anderer Natur sind, als wie bei jenen. Etwas stark ist es, wenn man, wie dieser Verein, erst in einem von Arbeitern gemiedenen Lokale konzertiert, hinterher und zum Schluß an die denkenden Arbeiter appelliert.

Eine öffentliche Versammlung sämtlicher Stuckateure und Verputzgenossen von Berlin und Umgegend wurde am Mittwoch, den 27. Mai, unter dem Vorsitz des Kollegen Schulz abgehalten. Zunächst hielt Herr Bruns einen beifällig aufgenommenen Vortrag über das „Gesetz, betreffend die Gewerbegerichte“. In der Diskussion sprachen die Kollegen Schulz, Gies, Jänide und Mafier. Hervorgehoben wurde, daß man gern wüßte, ob die Stuckateurmeister selbst ein Schiedsgericht bilden wollten; anzunehmen sei das allerdings wohl nicht, da die Meister einerseits nicht einzig wären, und sich andererseits vor einer derartigen Einrichtung hüten würden. Kollege Mafier meinte ironisch, er müsse die Stadtverordneten-Versammlung doch in Schutz nehmen; die müsse sich über Festsätze und dergleichen den Kopf zerbrechen, daß sie an Gewerbegerichte nicht denken könne. In seinem Schlusssatz betonte Herr Bruns, der Magistrat müsse aufgefordert werden, ein Gewerbegericht in Berlin einzurichten, und ohne Zweifel werde ein diesbezügliches Gesuch bald gestellt werden.

Hierauf wurde nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie kam in der Einführung der neuen Gewerbegerichte keine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter erblickt und fühlt sich nicht veranlaßt, für diese „Bescherung“ dankbar zu den Gesetzgebern auszubilden; sie fordert vielmehr von den Gesetzgebern wirksame Arbeiter-Schutz-Gesetze einzuführen, wie diese wiederholt von den sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten vorgeschlagen wurden.

Zum dritten Punkt der Tagesordnung: Bericht der Delegierten von der Berliner Bauarbeiter-Konferenz verweist Kollege Schulz auf die an die Kollegen vertheilten Exemplare des „Ausrufs An die Berliner Bauarbeiter“ und bemerkt, daß dem Kartell noch die Töpfer und Dachdecker beigetreten seien. In dem „Ausführungsausschuß“ müsse der Name Hoffmann in Lehmann verwandelt werden. Ferner sei es bedauerlich, daß die Werkstattstuckateure in der Versammlung fehlten, da diese doch bei einer Akkordarbeit von täglich 10 Stunden kaum auf den im Jahre 1888 festgesetzten Minimallohn kämen. Es sprachen über diese Angelegenheit noch die Kollegen Witzelburg, Mafier, Schmiedel, Schmittgen, Wille und andere. Getadelt wurde das Benehmen des Kollegen Karisch. Nachdem der Antrag, dem Ausführungsausschuß des Kartells zur Ledung der Unkosten 50 M. zu überweisen, einstimmig an-

genommen war, forderte Kollege Schulz dringend zum Abonnement auf den „Vaubandwerker“ und den „Vorwärts“ auf.

Bei dem Bericht der Delegierten zur Berliner Streit-Kontrollkommission meinten die Kollegen Schulz und Mafier, die Kommission sei nach Abschluß des Kartells für die demselben angehörigen Gewerkschaften überflüssig geworden, sonst aber eine absolut notwendige Einrichtung. Es wurde ein Antrag gestellt und einstimmig angenommen, die Stuckateure sollten ihren Delegierten zurückgehen und daß, was die Streit-Kontroll-Kommission von dem Delegierten noch zu fordern hätten, bezahlen.

Unter „Verschiedenem“ theilte Kollege Schulz mit, daß das Geld, welches von den Stuckateuren bei der Reise gesammelt sei, nicht nach Hamburg gesandt, sondern im Interesse aller Arbeiter verwendet werde. Ein Antrag, zum Besten der durch den Ausstand gemährregelten Bergarbeiter 50 M. zu gewähren, fand Annahme; jedoch trug man Bedenken, der sozialdemokratischen Parteikasse 30 M. zu überweisen und verschob dieses vorläufig noch. Hierbei trat Kollege Mafier der Ansicht des Kollegen Gies entgegen, die Stuckateure hätten nichts mit der Sozialdemokratie zu schaffen, und sagte unter dem Beifall der Versammelten, daß jeder zielbewußte Arbeiter auch Sozialdemokrat sei. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Die Freie Vereinigung der Portiers und verwandten Berufsangehörigen von Berlin und Umgegend hielt am Montag, den 23. Mai, eine öffentliche Versammlung ab und zwar die erste nach ihrer erfolgten Gründung. Da der Referent Herr Paus, welcher über „die Interessengegenstände der heutigen Gesellschaft und Organisation“ sprechen wollte, leider nicht erschienen war, so mußte die Versammlung gleich in den dritten Punkt der Tagesordnung „Verschiedenes“ eintreten. Der Vorsitzende theilte mit, daß die Genehmigung der Statuten von Seiten der Behörde erfolgt und somit die „Freie Vereinigung sämtlicher Portiers und verwandten Berufsangehörigen von Berlin und Umgegend“ als am 11. Mai gegründet zu betrachten sei. Da die Statuten noch nicht gedruckt vorliegen, wurde dem Wunsche entsprochen, dieselben vorlesen zu lassen. Der Vorsitzende forderte nunmehr die anwesenden Kollegen auf, sich in die Listen des Vereins als Mitglieder einzuschreiben, was auch von Seiten der Mehrzahl der Kollegen geschah. Hierauf sprachen noch verschiedene Kollegen über die Bedeutung der Organisation und über den Zweck und die Ziele der „Freien Vereinigung“. Der Vorsitzende machte bekannt, daß am Montag, den 1. Juni, die erste Generalversammlung der Mitglieder der neuen Vereinigung abgehalten werde, und daß bei dieser Gelegenheit die endgültige Wahl des Gesamtvorstandes und der Revisoren stattfinden würde.

Hierauf wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung geschlossen.

Der Fachverein der Tischler (Südbezirk) hielt am 27. d. M. eine Versammlung ab, die leider sehr schwach besucht war.

Herr Mohrlad hielt einen Vortrag über: „Die Klasse der Geschleierten“, worin er die Ursachen klarlegte, aus denen notwendiger Weise die Verbrechen hervorgehen müssen. Er gelangte zu dem Schlusse, daß nicht die heutige Rechtsprechung und Verurtheilung hierin Besserung schaffen kann, sondern daß nur die vollständige Umgestaltung der jetzigen Verhältnisse in einer sozialistischen Gesellschaft die Ursachen beseitigen wird.

Der interessante Vortrag wurde von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen.

In der Diskussion schloß sich der Bevollmächtigte den Ausführungen des Referenten an und forderte noch die Versammelten auf, etwas reger für den nächsten Versammlungsbesuch zu agitieren.

Die hiesige Jahrestelle des Verbandes deutscher Korbmacher hielt am 26. Mai ihre regelmäßige Monatsversammlung ab. Herr Krause sprach in sehr verständlicher Weise über Chemie und den Nutzen derselben für die Menschen. Im Verschiedenen bringt Kollege Jungnickel die Gleichgültigkeit im freiwilligen Sammeln zur Sprache und der Antrag wird angenommen, Listen und Boni herauszugeben. Jeder Inhaber hat das Geld alle vier Wochen abzuliefern, und die Namen werden in der Versammlung vorlesen. Ein Protokoll der letzten Generalversammlung wird für Bibliothek bewilligt. Zu dem am 6. Juni in Körsch's Gesellschaftshaus, Fichtelstr. 29, stattfindenden 1. Stiftungsfest der Filiale werden 8 Mann zum Vergnügungskomitee gewählt. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei Jungnickel, Wienerstraße 11; auch sind daselbst Protokolle der Generalversammlung zu haben. Herberge bei Stramm, Ritterstr. 123. Nächste Versammlung am 22. Juni, Abalbertstr. 21. Kollegen und Freunde sind zum Stiftungsfest freundlichst eingeladen.

Die Agitationskommission für die Frauenbewegung Berlin hatte in einer am 6. April d. J. stattgefundenen Versammlung die Regelung der Angelegenheit der Streit-Kontrollkommission des Allgemeinen Arbeiterinnenvereins überwiesen bekommen.

Die Kommission hat die ihr aufgetragene Arbeit in der Weise erledigt, daß sie nach gewissenhafter Uebersicht und Vorarbeit in einer darauf anberaumten Sitzung das Material geprüft, Bücher und Befüge verglichen. Da alles in Ordnung befunden wurde, ist die Angelegenheit hiermit erledigt. Die Agitationskommission.

Verband der Vergolder. Die Filiale Berlin hielt am 25. Mai ihre Monatsversammlung mit der Tagesordnung: 1. Wahl des Verbandsschatzers. 2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes, ab. Der erste Punkt wurde vertagt. Im Gewerkschaftlichen kam weiter nichts zur Sprache. Im Verschiedenen wurde hauptsächlich über die Reise des Verbandsvorsitzenden debattiert, und wurde damit fast der ganze Abend ausgefüllt. Im weiteren wurde bekannt gemacht und diese den Kollegen zur Verbreitung, daß am 18. Juli die Adolf-Werkmeister'sche freie Hilfskasse ihr Sommerfest feiert. Da der Hauptvorstand wieder ziemlich angerepelt wurde, so stellen die beiden anwesenden Mitglieder desselben, E. Köpfitz und E. Böhl an die Versammlung die Frage, ob der Hauptvorstand das weitere Vertrauen genießt oder nicht. Diese Frage wurde einstimmig bejaht.

Die Vereinigung der in der Kartonbranche beschäftigten Arbeiterinnen und Arbeiter hielt am 18. Mai er. bei Säger eine Versammlung ab, in welcher der praktizierende Lehrer der Naturheilkunde, Herr H. Sperling, über: „Lungenkrankheiten und deren naturgemäße Heilung“, unter allgemeinem Beifall sprach. An der sich anschließenden Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen. Unter „Verschiedenem“ forderte Kollege Hensfelder auf, daß sich die Kollegen, welche noch nicht im Besitze ihrer Mitgliedskarte sind, dieselbe in Empfang zu nehmen; ebenso gab er den Kassensbericht und wurde ihm Decharge erteilt. Nach Erledigung des Fragekastens schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Die Mitgliedschaft Berlin des Verbandes der deutschen Gold- und Silberarbeiter hielt am 26. d. M. eine außerordentliche Generalversammlung ab. Zum 2. Vorsitzenden wurde Kollege Conrad einstimmig gewählt. Sodann wurden Abänderungs- und Zusatzanträge zu den §§ 2, 4, 11, 12, 15, 17, 20, 29a und 41 der Statuten gestellt. Als Delegierten für den Ende Juli in Pforzheim stattfindenden Verbandstag wurden die Kollegen Bräuner und Haber gewählt. Der vorgeschrittenen Zeit wegen konnte der letzte Punkt der Tagesordnung nicht mehr erledigt werden. — NB. Sonntag Nachmittags, den 7. Juni, findet ein Ausflug mit Familie nach Schwarzgondorf statt. Treffpunkt Friedrichsgarten, wozu hierdurch die Kollegen eingeladen sind.

Der Fachverein der Tischler für den Bezirk Rixdorf und Umgegend hielt am 23. Mai eine Mitglieder-Versammlung ab, in welcher Herr Mohrlad über: „Welchen Gefahren ist die Arbeiterklasse ausgesetzt?“ sprach. Von einer Diskussion wurde

Abstand genommen. Weiter wurde beschlossen, in der nächsten Zeit wieder eine Versammlung einzuberufen, daß aber ein Vorstandsmittglied aus Berlin nach Rixdorf kommen soll, da es einigen aus der Versammlung nicht klar wurde, warum es jetzt in den Filialen keine Bevollmächtigten mehr giebt.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür abgemessen ist, dem Publikum zur Befriedigung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie bewahrt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben identifiert zu werden.

Geehrter Herr Redakteur!

Gestatten Sie mir in Ihrem geschätzten Blatte die Anregung einer Frage, welche dringend der Abhilfe bedarf. Es giebt wohl kein Gewerke mehr, wo selbst in der besten Geschäftszeit nicht Arbeitslose vorhanden sind. Was soll nun mit den Arbeitslosen geschehen? Sie bilden schon heute eine Macht; durch die Noth gezwungen jederzeit bereit, ihren arbeitenden Brüdern beim Kampfe mit der Kapitalmacht in den Rücken zu fallen. Nach dem Arbeitslosen fragt beim Streit kein Mensch. Die Streikenden, trotzdem sie ja bis zum Streik gearbeitet haben, erhalten Unterstützung, die Arbeitslosen aber, welche mitunter schon sechs Wochen und länger bummeln, erhalten nichts, dürfen aber auch nicht arbeiten, sonst sind sie Streikbrecher; ist der Streik zu Ende, so fangen die Streikenden wieder an, die Arbeitslosen können weiter bummeln. Je mehr nun die Arbeitslosigkeit zunimmt, um so größer wird die Gefahr für die Streikenden, denn man kann den Arbeitslosen nicht zumuthen, zu verhungern; es muß alsdann jeder Streik gleichgültig, ob Abwehr- oder Angriffstreik, verloren gehen und Launen werden unnütz geospart.

Da nun in nächster Zeit eine Regelung der Arbeitszeit und damit eine Verminderung der Arbeitslosen nicht zu erwarten ist, ist es geradezu notwendig, der Selbsterhaltung wegen, daß die Arbeitenden die Arbeitslosen unterstützen. Das wird allerdings große Opfer kosten und sich von den geringen Beiträgen, welche die organisierten Arbeiter an ihre Gewerkschaften zahlen, nicht machen lassen, aber deshalb ist es doch dringend notwendig, oder die Arbeiter erziehen sich die Nullis im eigenen Lande selbst; in keiner Gewerkschaft darf diese Frage mehr von der Tagesordnung kommen, bis dieselbe erledigt ist. Ein Nichtbeobachten dieser Frage wäre geradezu Selbstmord.

Emil Böhl, Frankfurter Allee 74.

Wie sind die in Buchbindereien und verwandten Berufs-

zweigen beschäftigten Arbeiterinnen zu organisieren? Zwei Versammlungen, welche dieserhalb auf Veranlassung des Fachvereins einberufen worden sind, haben zwei vollständig verschiedene Beschlüsse gefaßt und sie sind fest entschlossen, jede Majorität für sich, dieselben auch demgemäß auszuführen. Aus diesem Grunde halte auch ich mich für berechtigt, in dieser Frage nochmals das Wort zu ergreifen. Der Beschluß des Fachvereins, welcher in einer Generalversammlung gefaßt worden ist, geht dahin, die Arbeiterinnen in einem eigenen Verein, welcher sich dem Verbands anzuschließen hätte, zu organisieren und zwar aus folgenden Gründen:

Erstens seien die Arbeiterinnen noch nicht reif, noch nicht vorgeschritten genug, um gemeinschaftlich mit den Arbeitern zu tagen. Zweitens müßte sich der Fachverein zu diesem Zwecke zu einem Ortsverein umgestalten, was nicht im Interesse der Agitation unter den Arbeitern in den Provinzen liegen würde.

Sollten nun die Arbeiterinnen, welche reif und vorgeschritten genug sind, dem Arbeiter seinen ohnehin schon so färglichen Lohn zu schmälern, welche weiter reif genug dazu sind, den Arbeiter aus den Werkstätten zu verdrängen, ja denselben bis zu einem gewissen Grade vollständig zu ersetzen; sollten dieselben Arbeiterinnen wirklich nicht reif und vorgeschritten genug sein, sich auch gemeinschaftlich mit uns darüber belehren zu lassen, doch beider Interessen und Ziele dieselben sind, daß beide, Arbeiter wie Arbeiterinnen, unter derselben Noth, demselben Gend, unter denselben jämmerlichen Verhältnissen zu leiden haben? Ich für meine Person und mit mir die Majorität jener am 11. Mai stattgehabten Versammlung sind der festen Ueberzeugung, daß die Arbeiterinnen diese Reife voll und ganz besitzen. Erkennen wir dieses aber an, so haben wir auch unter allen Umständen die Pflicht, den Arbeiterinnen das Recht einzuräumen, mit uns gemeinsam zu berathen, wie diesen oben beschriebenen Verhältnissen abzuwehren ist, und weiter haben wir die Pflicht, soviel wie möglich das Solidaritätsgefühl unter Arbeitern und Arbeiterinnen zu heben und zu stärken, was nur in einem gemeinsamen Verein möglich sein wird. Es ist dies um so notwendiger, als gerade in unseren Gewerke die weiblichen Arbeitskräfte die männlichen bei Weitem an Zahl übertreffen.

Fragen wir nun, welchen Werth für uns der Verband hat, so muß ich darauf antworten: für Berlin gar keinen, und die Provinzen können auch ohne Berlin fertig werden. Daß dieser Werth für Berlin gleich Null ist, mag das folgende beweisen: Nach der auf dem Verbandstage bekannt gegebenen Statistik seht sich der Verband aus 51 Vereinen mit 3614 Mitgliedern zusammen, und hat ein Vermögen von rund 12000 M. Hierzu stellt nun Berlin 500 Mitglieder. Die thatsächlich in Berlin anwesenden Buchbinder schätzt man jedoch auf circa 5000, diese Zahlen allein thun nun eigentlich schon die Wertlosigkeit des Verbandes dar. Ein großer Theil dieser 4500 Nichtmitglieder hält sich nur, weil er glaubt, daß der Verband werthlos ist, diesem fern und in der That, ich möchte doch diejenigen Herren, die so warm dafür eintreten, fragen, was der Verband in seiner 4 jährigen Thätigkeit geleistet hat und was sie von ihm fernerhin noch erwarten?

Eine Lokal-Zentralorganisation aller im graphischen Gewerbe oder auch bloß aller in der Papierindustrie beschäftigter Arbeiterinnen und Arbeiter würde in ganz kurzer Zeit mindestens eben so viel Mitglieder zählen, wie der ganze Verband.

Außerdem würde es einem Lokalverein möglich sein, seine Mitglieder auch gegen Arbeitslosigkeit, auch die in Berlin anfalligen, zu versichern, was ein sehr bedeutender Vortheil wäre. Zum Schluß noch eins: Sind die Arbeiterinnen wirklich noch so weit hinter und zurück, wie wollen sie alsdann von ihnen verlangen, daß sie einen Verein auf diejenige Höhe erheben sollen, auf welcher derselbe unter allen Umständen stehen muß, um seinen Zweck zu erfüllen, und welche Resultate haben sie mit dem ersten derartigen Versuch erzielt?

Ich glaube, in Vorstehendem bewiesen zu haben, daß Arbeiter und Arbeiterinnen unter allen Umständen gerade in unserem Gewerbe zusammen in einem Verein organisiert werden müssen und daß die dagegen vorgebrachten Gründe nicht stichhaltig sind.

Louis Meyer, Veteranenstr. 6.

Briefkasten der Redaktion.

H. G. Monatsweise gemietete Wohnungen müssen spätestens am 15. zum nächsten Erfsten gefündigt werden. Die Kündigung am 1. zum 15. ist nicht zulässig.

Chrlich. Der Bierverleger darf nicht gestatten, daß die Kunden bei ihm Bier trinken, wenn er nicht polizeiliche Schankkonzession hat.

! Auch wenn die Bestrafung wegen Sittlichkeitsvergehens schon 8 Jahre zurückliegt, kann dem Betreffenden die Ueberbedelung nach Berlin verboten werden. Inwiefern ist es möglich, daß auf ein Gesuch die frühere Ausweisung rückgängig gemacht wird.

H. R. 87. Für den von Ihrem zwölfjährigen Sohn angerichteten Schaden, z. B. für eine von ihm zerbrochene Scheibe, brauchen Sie überhaupt nicht aufzukommen.